



Stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten –

23. DPoIG-Bundeskongress

Seite 17 <

Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei und des Deutschen Historischen Museums in Berlin

Seite 19 <

Fachteil:

- Nürburgring-Nordschleife – Legende, Faszination oder Schließung?
- Das Schutzgut der elterlichen Sorge
- Kollision zwischen Pkw und Einsatzfahrzeug

**Ordnung und
Vernichtung**

Die Polizei im NS-Staat



Gerechtigkeit für alle Beschäftigtengruppen

DPoIG fordert Einmalzahlung und lineare Erhöhung für alle Beamten

von Wolfgang Ladebeck, stellvertretender Bundesvorsitzender

Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben am 10. März 2011 die Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Potsdam einen Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder erzielt. Dabei haben sich die Tarifparteien auf eine Einmalzahlung für die Beschäftigten in Höhe von 360 Euro sowie eine lineare Erhöhung von 1,5 Prozent zum 1. April 2011 und 1,9 Prozent (plus einem Sockelbetrag von 17 Euro) ab 1. Januar 2012 geeinigt. Es wurde eine Laufzeit von 24 Monaten bis Ende Dezember 2012 vereinbart. Ein wichtiges Ziel des dbb war es, ein reales Einkommensplus zu erzielen. Ob dieser Tarifvertrag jedoch ein ausgewogener Kompromiss ist, bleibt für den einen oder anderen Beschäftigten eine unbeantwortete Frage.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat die Landesregierungen aufgefordert, den materiellen Gehalt der Tarifeinigung zeit- und inhaltsgleich auf die Polizeibeamtinnen und -beamten zu übertragen. Die meisten Länder haben sich bereits öffentlich für eine gerechte Behandlung der Beamten verpflichtet und angekündigt, den Tarifabschluss für die Beamten zu übernehmen. Es gibt aber auch Länder



> Wolfgang Ladebeck

wie Bayern, wo die Staatsregierung eine Nullrunde für die Beamten und Versorgungsempfänger für 2011 vorsieht.

Das ist sicherlich der falsche Weg, durch Haushaltskonsolidierungen die Motivation der Beamtinnen und Beamten kaputt zu sparen. Vielmehr hat ein Landesgesetzgeber dafür zu sorgen, dass die Beamten angemessen an der allgemeinen Entwicklung teilhaben. Hierbei ist es wichtig, zwischen den Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst den Gleichklang und die Gerechtigkeit in der Bezahlung herzustellen.

Die Nichtteilhabe der Beamtinnen und Beamten eines

Landes an der allgemeinen Einkommensentwicklung führt aus Sicht der DPoIG zu einer Benachteiligung einer ganzen Berufsgruppe. Wer Qualität, Kreativität und Motivation aller Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst will, muss eine funktions- und leistungsgerechte Besoldung dauerhaft sicherstellen.

Das Festhalten an dem Gleichklang der Einkommensanpassung der Beschäftigtengruppen ist ein Gebot der Vernunft und dient der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Polizei. Denn sowohl die Beschäftigten als auch die Beamten in der Polizei haben die uneingeschränkte gleiche Motivation und Hingabe für ihren Dienstherrn im Interesse der Sicherheit und Ordnung. Aus diesem Grund ist es schon längst überfällig, den Tarifabschluss für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen.

Die Föderalismusreform, die damit verbundene Zerschlagung des einheitlichen Besoldungs- und Versorgungsrecht in Deutschland wird zu Besoldungsgefällen zwischen den Ländern führen und sich auf die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den finanzschwachen Ländern langfris-

tig sehr deutlich auswirken. Eine unterschiedliche Bezahlung zwischen den Beschäftigtengruppen ist nicht gerade leistungsförderlich und würde die Beschäftigten und Beamten noch weiter auseinander dividieren. Die zum Beispiel de facto Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes der Beamten in Sachsen-Anhalt, die absolut schlechteste Regelung der Sonderzuwendung in Deutschland, hat zu realen Einkommensverlusten und Unterschieden in der Bezahlung der Beschäftigtengruppen geführt.

Die DPoIG hält die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich, die Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro und die lineare Angleichung von 1,5 und 1,9 Prozent für angemessen, weil die Beamtinnen und Beamten einen gesetzlichen Anspruch auf Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung haben.

Die Beamtinnen und Beamten erwarten deshalb zu Recht, dass die Landesregierungen ihre berechtigten Forderungen zur Übernahme des Tarifergebnisses im Rahmen der Länderhaushalte berücksichtigen. ■

DPoIG im Internet: www.dpolg.de

Ihre Meinung interessiert uns: dpolg@dbb.de

> DPoIG

- > Leitartikel: Gerechtigkeit für alle Beschäftigtengruppen 3
- > DPoIG-Fachkommission: Behindertenangelegenheiten eingerichtet 4
- > „Stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten“: 23. Bundeskongress der DPoIG in Berlin 5



- > Auftakt nach Maß – Bundeshauptvorstand in Berlin 10
- > Bundeshauptvorstand berät Satzungsänderungen und stellt gewerkschaftspolitisch wichtige Weichen 11
- > JUNGE POLIZEI: Schutz für die, die andere schützen 12
- > Positive Impulse für die Stiftung der DPoIG auf dem Bundeskongress in Berlin 14
- > Polizeifachmesse IPOMEX: Gewalt gegen Polizisten ein Thema der Messe 15
- > Tarifpolitik: Diskriminierung beim Urlaubsanspruch? 16
- > Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat 17
- > Urlaubsangebote/Arbeitsplatzbörse 18
- > Fachteil: Nürburgring-Nordschleife – Legende, Faszination oder Schließung? 19
- > Das Schutzgut der elterlichen Sorge im Sinne des § 235 StGB 22
- > Kollision zwischen Pkw und Einsatzfahrzeug auf der Kreuzung 24

> dbb

- > Sozialwahlen 2011 – Stichtag 1. Juni: dbb wählen! 25
- > 15. Europäischer Abend: Ehrenamt in und für Europa 26
- > Forum Behindertenpolitik 2011: Ein Thema für alle 28
- > reportage: Die Albert-Schweitzer-Schule in Neukölln: NEUES LERNEN 30
- > dbb akademie: Neuregelungen im Eingruppierungsrecht 34
- > mitgliederservice: Private Pflegeversicherung 38
- > glosse 39
- > jugend: Armut im Fokus 41
- > mitgliedsgewerkschaften 42
- > kulisse 47

> Impressum

HERAUSGEBER DER POLIZEISPIEGEL-SEITEN: Bundesleitung der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DBB (DPoIG), Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, Tel. 030.47378123, Telefax 030.47378125, INTERNET: www.dpolg.de, E-MAIL: dpolg@dbb.de, REDAKTION BUNDESTEIL: Elisabeth Schnell. REDAKTION TARIFTEIL: Gerhard Vieth, Dietrich-Bonhoeffer-Straße 17, 47198 Duisburg, Telefon 02066.393979. REDAKTION FACHTEIL: Jürgen Roos, Poststraße 39, 53547 Roßbach/Wied, Tel. + Fax: 02638.1463, Mobil: 0160.99494341, E-Mail: roos-j@t-online.de. FOTOS IM DPOLG-TEIL: Windmüller, DPoIG, Fotolia. VERLAG: dbb verlag GmbH. VERLAGSORT UND BESTELLANSCHRIFT: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0, Commerzbank Berlin: Konto 0 733 998, Sparkasse Köln/Bonn: Konto 21 006 903. ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS: Einzelheft 3,90 €, Abo-Preise 38 € inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Auslands-Abo-Preis 46 € zzgl. Versandkosten. Für die Mitglieder der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DBB ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Manuskripte und Bilder, die unverlangt eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DBB oder der Redaktion dar. Erscheinungsweise monatlich, Doppelausgaben Hefte 1/2 und 7/8.

HERAUSGEBER DER DBB MAGAZIN-SEITEN: Bundesleitung des dbb, Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.4081-40, Telefax 030.4081-5598, INTERNET: www.dbb.de, CHEFREDAKTION: Dr. Walter Schmitz. REDAKTION: Christine Bonath, Jan Brenner. FOTOS: Brenner, fotolia, MEV, Project Photos. VERLAG: dbb verlag gmbh. VERLAGSORT UND BESTELLANSCHRIFT: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0, Commerzbank Berlin: Konto 0 733 998, Sparkasse Köln/Bonn: Konto 21 006 903. ANZEIGENVERKAUF: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Petra Opitz-Hannen, Telefon 02102.74023-715, Fax 02102.74023-99. Anzeigentarif Nr. 52 (dbb magazin) und Nr. 32 (Polizeispiegel), gültig ab 1. 10. 2010. Druckauflage dbb magazin: 726 750 Exemplare (IVW 3/2010). ANZEIGENSCHLUSS: 6 Wochen vor Erscheinung. HERSTELLUNG: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 1437-9864

DPoIG-Fachkommission

Behindertenangelegenheiten eingerichtet



> V. l. n. r.: Dieter Christ, Wolfgang Mallach, Nicole Liebig, Frank Richter, Dietrich Magunia.

Auf der Grundlage eines Beschlusses des Bundeshauptvorstandes der Deutschen Polizeigewerkschaft wurde am 4. April 2011 in der DPoIG eine Fachkommission „Angelegenheiten behinderter und arbeitseingeschränkter Menschen“ eingerichtet.

Die Kommission wird vom Kollegen Frank Richter (FV Bundespolizei) geleitet. Ihr gehören weiter die Kollegen Wolfgang Mallach (LV Baden-Württemberg), Dietrich Magunia (LV Hamburg), Dieter Christ (LV Bayern) sowie die Kollegin Nicole Liebig (LV Berlin) an. Die

Kollegen/-innen sind alle erfahrene Schwerbehindertenvertreter und wollen sich unter anderem um Probleme in der Polizei kümmern, die mit Polizeidienstunfähigkeit, weiterer Verwendung von gesundheitlich eingeschränkten Beschäftigten, Barrierefreiheit, Betrieblichem Eingliederungsmanagement zu tun haben.

Bei solchen und ähnlichen Themen werden sie inhaltlich der Bundesleitung zuarbeiten. Sie treffen sich das erste Mal nach ihrer Konstituierung im Rahmen des Forums Behindertenpolitik des dbb in Berlin. ■

Fair Play for Fair Life

Konto 500 500 500
Postbank Köln
BLZ 370 100 50

Gemeinsam können wir viel bewegen. Helfen Sie mit.

Brot für die Welt
www.brot-fuer-die-welt.de

Foto: U. Reinhardt

„Stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten“

23. Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Berlin

► Eröffnung und Bilanz

Eingestimmt mit einem kurzen Video über die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der DPoIG in den letzten vier Jahren begann der 23. Bundeskongress im Berliner Maritim Hotel am Potsdamer Platz. Bundesvorsitzender Rainer Wendt begrüßte die rund 240 Delegierten, darunter viele Gastdelegierte. In seiner Bilanz der Jahre 2007 bis 2011 zog Wendt ein positives Fazit. Insbesondere die öffentliche Wahrnehmung der DPoIG hat sich äußerst positiv entwickelt. Die DPoIG war bei zahlreichen Gesetzesvorhaben, wie zum Bei-

wenn Haushaltsdefizite und Sparzwänge eine effektive Polizeiarbeit zu beeinträchtigen drohen. Zentral in diesem Zusammenhang waren in den vergangenen Jahren die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte, die politisch gewollte Neuorganisation von Sicherheitsbehörden und der damit einhergehende Personalabbau. Auch die Arbeits- und Einkommensbedingungen standen im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit.

► Die Wahlen – Neue Gesichter, bekannte Gesichter

Mit überwältigender Mehrheit wurde Bundesvorsitzender Rainer Wendt in seinem Amt bestätigt. Mit 98,4 Prozent erhielt er das nahezu uneingeschränkte Vertrauen der Delegierten. Das gleiche Votum erhielt sein erster Stellvertreter Hermann Benker aus Bayern. Mit sehr guten Resultaten konnten die weiteren Stellvertreter Joachim Lenders aus Hamburg, Wolfgang Ladebeck aus Sachsen-Anhalt und Werner Kasel aus Rheinland-Pfalz aufwarten. Neu und als weiterer Stellvertreter für den Bundesvorsitzenden wurde Ralf Kusterer aus Baden-Württemberg in die Bundesleitung gewählt.

Die Bundesvorstandswahlen standen unter der erprobten „Tradition“ bewährte und neue Gesichter zu mischen. Da mehr Kandidaten antraten als Plätze zu vergeben waren, wurde es spannend im Saal. Wieder im Vorstand vertreten sind Bodo Pflanzgraf aus Berlin, Rainer Nachtigall aus Bayern, Freddi Lohse aus Hamburg sowie Hans-Joachim Zastrow als Vertreter der Bundespolizei. Den



► Bundesvorsitzender Rainer Wendt eröffnete mit einer positiven Bilanz der letzten vier Jahre den Bundeskongress.

Sprung in den Bundesvorstand schafften Michael Hinrichsen aus Bayern, Knut Hallmann aus Niedersachsen, Erich Rettinghaus aus Nordrhein-Westfalen und Ursula Korn aus Baden-Württemberg. Qua Amt gehören dem Bundesvorstand auch der Vorsitzende der JUNGEN POLIZEI, Daniel Jungwirth, und die vom Bundeskongress im Amt bestätigten Vorsitzenden der Bundesfrauenvertretung und der Bundestarifvertretung, Anke Bernhard und Gerhard Vieth, an. Mit großem Dank und Beifall wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder der Dirk Hallmann aus Nieder-

sachsen, Jörn Schulze aus Bremen und Heini Schmitt aus Hessen verabschiedet.

► Die Herausforderungen der kommenden Jahre

In einer vom Bundeskongress verabschiedeten Resolution fordert die DPoIG die Politik auf, den hohen Einsatzwert und die guten Ergebnisse polizeilichen Engagements stärker anzuerkennen. Die Resolution kommt zu dem Schluss, dass die Entfremdung von Politik und Gesellschaft bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Nur durch eine Stärkung von staatlichem Engagement in der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens kann ein funktionierendes Miteinander wieder gelingen. Dazu gehört auch, die Polizei in Deutschland durch eine kluge und vorausschauende Personalentwicklung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben auch künftig erfolgreich wahrzunehmen.

Im Zuge der Beratung von Anträgen beschloss der Bundeskongress mehrere Forderungen, die Einsatz und Ausstattung der Polizei zu verbessern und die Optimierung der Kriminalitätsbekämpfung zum Ziel haben. So wird sich die



► Der stellvertretende Bundesvorsitzende Joachim Lenders empfängt den Innenminister von Niedersachsen Uwe Schünemann (re.).

spiel beim BKA-Gesetz, beim Bundesmeldegesetz und in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten, stets gefragt. Die Medien und die politischen Vertreter zeigten großes Interesse, Grundsatzpositionen der Polizeigewerkschaft zu erfahren.

Das Motto des 23. Bundeskongresses, so Wendt, signalisiert, wie hoch der Stellenwert der Polizei in Deutschland ist,



► 230 Delegierte aus Bund und Ländern kamen in Berlin zusammen, um eine neue Leitung zu wählen und die Programmatik für die kommenden vier Jahre festzulegen.



> V. l.: Michael Hinrichsen (DPoIG Bayern), Hermann Benker (1. stellv. Bundesvorsitzender), Rainer Wendt (Bundesvorsitzender) und Rainer Nachtigall (DPoIG Bayern, re.) begrüßten vor Beginn der Öffentlichkeitsveranstaltung den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und dbb-Bundesvorsitzenden Peter Heesen.



> Bundesinnenminister Friedrich besuchte auch den Stand der DPoIG Stiftung; v. l. n. r.: Alexander Grimm (Geschäftsführer der DPoIG Service GmbH), Berend Jochem (Vorsitzender der DPoIG Stiftung), Hermann Benker (1. stellv. Bundesvorsitzender), Dr. Hans-Peter Friedrich (Bundesinnenminister), Rainer Wendt (DPoIG-Bundesvorsitzender), Olaf Sendel (DPoIG Stiftung).

DPoIG weiterhin dafür stark machen, dass Gewalt gegen Polizeibeamte gesellschaftlich geächtet und mit allem Nachdruck unterbunden wird. Dazu gehört zum Beispiel, dass der Entzug der Fahrerlaubnis in den Rahmen möglicher Sanktionen aufgenommen wird.

schlagkräftiges Instrument zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und Terrorismus genutzt werden kann.

Im Tarifbereich wird die DPoIG dafür eintreten, dass die von den Tarifpartnern verabredeten Entgeltordnungen zu

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit ein.

> Die Öffentlichkeitsveranstaltung

Am Nachmittag des ersten Kongresstages kamen Delegierte und Ehrengäste, darunter Vertreter politischer Parteien, gesellschaftlicher Gruppierungen, sicherheitspolitischer Einrichtungen sowie von Verbänden und Wirtschaftspartnern, begleitet vom Interesse zahlreicher Medien, zur Öffentlichkeitsveranstaltung zusammen.

dass es Hauptziel in den nächsten Jahren sein muss, die Anerkennung des herausragenden Dienstes aller Polizistinnen und Polizisten in Deutschland wiederherzustellen. Das Vertrauen der Polizeibeamten in den Dienstherrn sei dort, wo es überhaupt noch vorhanden ist, im freien Fall. Der Staat verspreche zwar immer wieder Verbesserungen, aber tatsächlich setze er Kürzungen durch.

„Sie ziehen den Polizeimeistern das Geld aus der Tasche und stopfen es den Hoteliers in die Tasche.“
Rainer Wendt, Bundesvorsitzender

Der wiedergewählte Bundesvorsitzende **Rainer Wendt** stellte in seiner Grundsatzrede klar,

Wendt sagte, dass mehr Aufgaben auf die Polizei zukommen werden, deshalb seien



> Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich (2. v. r.) liegt der Austausch mit der DPoIG sehr am Herzen, wie er in seiner Rede betonte; Rainer Wendt (li.) und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hermann Benker (2. v. l.) und Werner Kasel (re.).

Die DPoIG soll sich weiterhin für die Einrichtung einer leistungsfähigen Visa-Warndatei einsetzen, in die nicht nur als Straftäter bekannte Personen aufgenommen werden, sondern auch als gefährlich eingestufte Personen, wie so genannte „Hassprediger“. Mit Nachdruck wird sich die DPoIG auch dafür aussprechen, die Vorratsdatenspeicherung wieder so einzuführen, dass sie als

TVÖD und TV-L und damit auch polizeispezifische Regelungen endlich uneingeschränkt in Kraft treten. Zudem soll jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf regelmäßige Qualifizierungsmaßnahmen geltend machen können.

Weiterhin beschloss der Bundeskongress, dass der Frauenanteil in Führungspositionen bei der Polizei erhöht werden sollte. Das schließt



> Freuten sich über die Einladung zum Bundeskongress: Matthias Seeger, Präsident des Bundespolizeipräsidiums in Potsdam (li.), und Vizepräsident Wolfgang Lohmann (Mi.), DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt (re.).



> Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting übermittelte auch im Namen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin seine herzlichen Grüße an den DPoIG-Bundeskongress.

Respekt und eine gerechte Bewertung des Polizeiberufes unerlässlich. Um die anfallende Arbeit erledigen zu können, muss es mehr Personal bei der Polizei geben.

Der fehlende Respekt vor den Polizeibeamten äußere sich auch durch die zunehmende Gewalt gegen Sicherheitskräfte in den letzten Jahren. Die Politik habe zwar schon mit Gesetzesverschärfungen reagiert und teilweise eine bessere Ausrüstung veranlasst. Nur reiche dies nicht aus, so Wendt, um dem Problem wirklich Herr zu werden.

Notwendig sei grundsätzlich eine andere Gesellschaftspoli-

tik. Eine, die nicht länger die sozialen Probleme des Landes gewinnorientierten Unternehmen überlässt, sondern die den Staat wieder in seine ureigene Verantwortung einsetzt.

Bundesinnenminister **Dr. Hans-Peter Friedrich** eröffnete unter Beifall seine Rede an die Delegierten und Ehrengäste mit dem Bekenntnis, dass ihm eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der DPoIG am Herzen liege. Er gestand zu, dass der Staat in den letzten Jahren der Polizei viel zugemutet habe. Die Aufgabenfülle werde aber auch nicht weniger werden. Der Dienstherr wisse jedoch, dass er für die Sicherheit der Beamten zu sorgen habe.



> Zur Öffentlichkeitsveranstaltung konnte die DPoIG zahlreiche Ehrengäste begrüßen. Vorn v. l. n. r.: Wolfgang Ladebeck (stellv. Bundesvorsitzender), Joachim Herrmann (Innenminister von Bayern), Uwe Schünemann (Innenminister von Niedersachsen), Oberst Ulrich Kirsch (Bundesvorsitzender des Bundeswehrverbandes).



Jetzt Bausparen sparensparen sparensparen!

* Als dbb-Mitglied sparen Sie die halbe Abschlussgebühr beim Abschluss eines Wüstenrot Ideal Bausparvertrages. Bei einer Bausparsumme von z. B. 50.000 € zahlen Sie nur 250 € anstatt 500 €. Sie sparen 250 €.

Mehr unter:
**[www.dbb-vorsorgewerk.de/
bausparensparen](http://www.dbb-vorsorgewerk.de/bausparensparen)**

Wenn Polizisten bei Großeinsätzen angegriffen und verletzt werden, dann dürfe der Staat das nicht durchgehen lassen. Der Minister versprach, den rechtlichen Schutz von Polizeibeamten weiter zu verbessern.

Friedrich sicherte überdies zu, die Gesetzeslage bei der Kriminalitätsbekämpfung zu erweitern. Dazu gehört die – inzwischen beschlossene – Einführung einer Visa-Warndatei, also die Speicherung von Daten Einreisewilliger.

„Es kann nicht sein, dass wir blind und taub sind, wenn wir Visa erteilen.“
Dr. Hans-Peter Friedrich,
 Bundesinnenminister

Der Bundesinnenminister will auch das Vorhaben „Vorratsdatenspeicherung“ nicht ruhen lassen. Es sei „dringend Zeit, dass wir diese Schutzlücke schließen“. Eine Behinderung der Arbeit der Sicherheitsbehörden dürfe es nicht geben. In dieser Frage, so Friedrich, werde er auch die Auseinandersetzung mit seiner Kabinettskollegin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) nicht scheuen, die sich gegen eine wirkungsvolle Datenspeicherung sträubt.

Auch der Berliner Innensenator **Dr. Ehrhart Körting**, der die Delegierten und Gäste des DPoIG-Bundeskongresses im Namen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin herzlich in der Hauptstadt willkommen hieß, appellierte in seinem Grußwort an die Bundesregierung, der langen Hängepartie um die Einführung der Vorratsdatenspeicherung ein Ende zu setzen. Dieses sinnvolle Instrument der Kriminalitätsbekämpfung müsse endlich kommen, so Körting.

Das Grußwort des dbb-Bundesvorsitzenden **Peter Heesen** enthielt die Mahnung an die Politik, der Polizei in Deutsch-



> Die neue Bundesleitung: v. l. n. r.: Wolfgang Ladebeck, Ralf Kusterer, Joachim Lenders, Rainer Wendt, Hermann Benker, Werner Kasel.

land mehr Rückendeckung zu geben. Er sagte, die Ursachen für die „schwierigen Zeiten“ lägen zum Teil in der Gesellschaft selbst. So werde zu wenig Wert auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen gelegt.

„Immer häufiger muss die Polizei gesellschaftliche Fehlentwicklungen ausbaden und Schäden reparieren.“
Peter Heesen,
 dbb-Bundesvorsitzender

Heesen appellierte an die verantwortlichen Politiker, den Personalabbau bei der Polizei endlich zu stoppen. Die Sicherheitsbehörden müssten qualitativ noch hochwertiger ausgestattet und die Beschäftigten noch besser fortgebildet werden. Nicht zuletzt sei auch die Einkommensentwicklung ein wichtiger Faktor für die Motivation.

Im Anschluss diskutierten Vertreter der im Bundestag vertre-

tenen Parteien unter der Moderation von Kerstin Palzer (MDR) darüber, wie man „stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten“ erreichen kann. Joachim Herrmann (CSU, Innenminister in Bayern), Wolfgang Bosbach (CDU, Vorsitzender des Innenausschusses im Deutschen Bundestag), Gisela Piltz (FDP, stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag), Wolfgang Wieland (Sprecher des Arbeitskreises Innere Sicherheit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag) sowie Michael Hartmann (SPD, stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion) debattierten über Wertevermittlung im Elternhaus, den Umgang mit Gewalttaten gegen Polizisten vor allem bei Großeinsätzen. Auch über die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben, über Alkohol in Zügen, über Einsatzmittel für die Polizei und die Personalausstattung diskutierte die Runde lebhaft. ■



> Der neu gewählte Bundesvorstand: Bodo Pfalzgraf, Hermann Benker, Michael Hinrichsen, Anke Bernhard, Joachim Lenders, Rainer Wendt, Werner Kasel, Ursula Korn, Freddi Lohse, Hans-Joachim Zastrow, Ralf Kusterer, Wolfgang Ladebeck, Erich Rettinghaus, Knut Hallmann, Daniel Jungwirth, Gerhard Vieth, Rainer Nachtigall.

Auftakt nach Maß – Bundeshauptvorstand in Berlin

DPoIG-Fachverband Bundespolizei und Bundespolizeigewerkschaft bgv verschmelzen

Ein guter Tag für die Beschäftigten der Bundespolizei: Durch Verschmelzung bilden die Bundespolizeigewerkschaft bgv und der DPoIG-Fachverband Bundespolizei künftig eine neue gemeinsame Gewerkschaft in der Deutschen Polizeigewerkschaft unter dem Dach des dbb beamtenbund und tarifunion.

Hoher Besuch beim Bundeshauptvorstand der DPoIG in Berlin am Vorabend des Bundeskongresses: dbb-Bundesvorsitzender Peter Heesen und sein Stellvertreter Klaus Dauderstädt sowie Rüdiger Reedwisch, Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft bgv, und Ernst G. Walter, Referent des Bundesvorstandes der bgv, waren zur Unterzeichnung einer Vereinbarung angereist, die die Verschmelzung beider Gewerkschaften zu einer neuen starken Interessenvertretung regelt.

In einer Feierstunde während des Bundeshauptvorstandes unterzeichneten Hans-Joachim Zastrow, Rüdiger Reedwisch, Peter Heesen und Rainer Wendt die Vereinbarung, was die Delegierten mit großem Applaus begleiteten.

In verschiedenen Arbeitsgruppen werden jetzt Details der Vereinbarung vorbereitet. Im Juni wollen die Hauptvorstände von bgv und FV Bundespolizei zusammentreffen und die Zwischenstände beraten, die dann im Oktober vollzogen werden sollen. „Das ist ein Auftakt nach Maß“, freute sich DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt, der sich bei



> Feierliche Vertragsunterzeichnung zwischen der DPoIG und der bgv im Rahmen der Bundeshauptvorstandssitzung der DPoIG am 3. April 2011 in Berlin, v. l. n. r.: Joachim Lenders (DPoIG), Rainer Wendt (DPoIG), Hans-Joachim Zastrow (DPoIG), Rüdiger Reedwisch (bgv), Peter Heesen (dbb).

Rüdiger Reedwisch, Ernst G. Walter, Hans-Joachim Zastrow und Heiko Teggatz für die vielen konstruktiven und kameradschaftlichen Gespräche in den vergangenen Monaten bedankte. Das dickste Lob gab es für Klaus Dauderstädt, der mit großem juristischen

Sachverstand und viel Geschick in der Gesprächsführung alle Beteiligten zusammengeführt hat.

Peter Heesen wertete in seiner Ansprache die Vereinbarung als hervorragendes Signal auch an andere Mitgliedsgewerkschaften des dbb. Kräf-

te zu bündeln, Synergien zu entwickeln und dann gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften unter dem Dach des dbb kraftvoll die Interessen der Beschäftigten zu vertreten, sei das Gebot der Stunde. Er kündigte umfangreiche Unterstützungsprozesse durch den dbb an.

Auch für die kommenden Monate wird die Beratung und Begleitung der Verschmelzung durch Klaus Dauderstädt gefragt sein, der gerne seine weitere Unterstützung zusagte: „Es hat mich gefreut, wie zielorientiert alle Beteiligten an diese Sache herangegangen sind. Die Bundespolizei braucht eine starke Gewerkschaft, die nicht ideologisch verbrämt daherkommt und ständig nur jammert und poltert, sondern konstruktiv an Lösungen arbeitet und die Situation der Beschäftigten verbessert.“



> Ein Händedruck für die Zukunft, v. l. n. r.: Peter Heesen (dbb), Klaus Dauderstädt (dbb), Hans-Joachim Zastrow (DPoIG), Rüdiger Reedwisch (bgv), Rainer Wendt (DPoIG), Joachim Lenders (DPoIG).

Vor dem Bundeskongress:

Bundeshauptvorstand berät Satzungsänderungen und stellt gewerkschaftspolitisch wichtige Weichen



Der Bundeshauptvorstand der DPoIG stellte die Weichen für den einen Tag darauf beginnenden Bundeskongress.

Unmittelbar vor dem 23. Bundeskongress hat der Bundeshauptvorstand der DPoIG in seiner Sitzung am 3. April 2011 die eingebrachten satzungsändernden Anträge beraten und Beschlussempfehlungen an das höchste Gremium der DPoIG abgegeben.

Einen der wichtigsten Anträge stellt sicher der Antrag des Bundesvorstandes auf Erweiterung der Bundesleitung auf nunmehr sechs Mitglieder dar. Diesem Antrag folgte nach dem Bundeshauptvorstand schließlich auch der Kongress mit überwältigender Mehrheit.

Neben weiteren juristischen „Feinheiten“ und der satzungsgemäßen Festschreibung der Bundesgeschäftsstelle der DPoIG an ihrem Sitz in Berlin, befasste sich der Bundeshauptvorstand aber auch mit gewerkschaftspolitischen Anliegen und beschloss neben der Einrichtung einer ständigen Kommission für „Angelegenheiten behinderter und arbeitseingeschränkter Menschen“ die Mitgliedschaft der DPoIG im Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR).

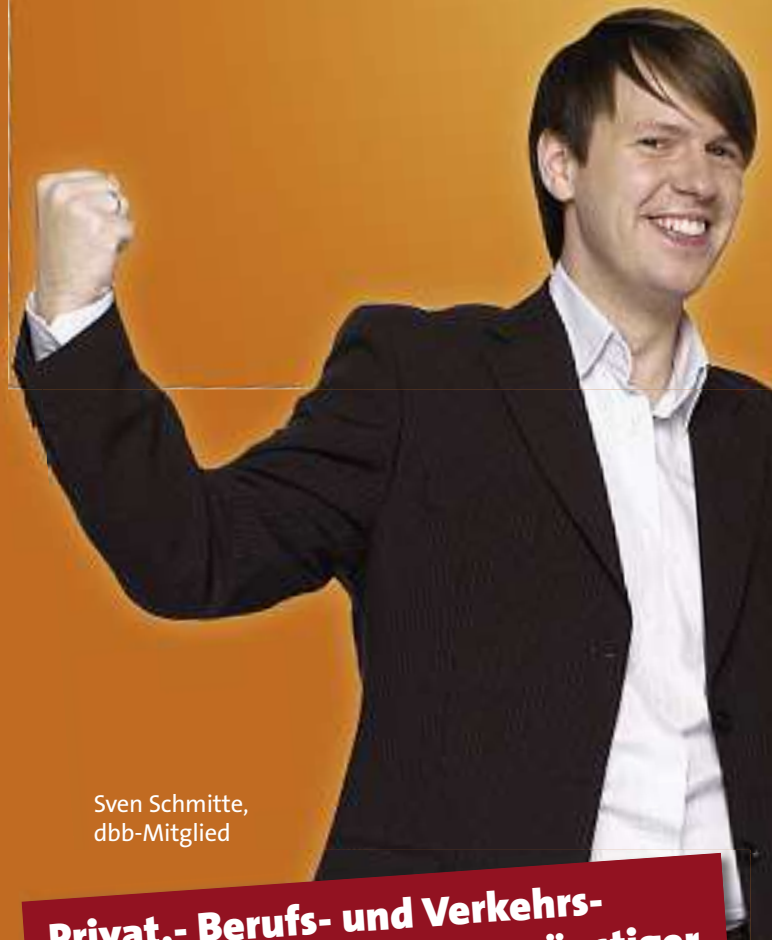
Die Mitglieder des DVR profitieren auf vielfältige Weise

von der Mitgliedschaft: Sie sind involviert in einen Pool von Experten aller Fachrichtungen (Recht, Gesetz, Technik, Pädagogik, Verkehrsmedizin, Forschung und so weiter). Sie können sich in einem der Fachausschüsse des DVR beteiligen – hier entstehen viele Initiativen, die meist zu erfolgreichen und bundesweiten Aktionen, Empfehlungen, Richtlinien und Gesetzen führen. Die Mitglieder erfahren einen Imagegewinn durch die Beteiligung an der gemeinsamen Präventionsarbeit.

Gemeinsam mit allen Mitgliedern hat es der DVR geschafft mitzuwirken, dass sich die Anzahl der im Straßenverkehr Getöteten von 21 000 im Jahr 1970 auf nunmehr rund 3 600 im Jahr 2010 verringert hat.

Die „Krönung“ der Sitzung bildete die feierliche Unterzeichnung der „Vereinbarung über die Gründung einer selbstständigen, gemeinsamen Polizeigewerkschaft für die Bundespolizei und Sicherheitsorgane des Bundes in der DPoIG“, der die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes aufmerksam folgten (vgl. näher dazu den Bericht auf Seite 10). ■

Leistungsstarker Rechtsschutz – bereits ab 9,52 € im Monat*



Sven Schmitte, dbb-Mitglied

Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz: Besonders günstiger Spezialtarif für dbb-Mitglieder



„GUT UND GÜNSTIG“: Jurpartner gehört zu den fünf günstigsten Anbietern

Im Test: Verkehrs-Rechtsschutz für einen PKW (150 Euro SB)

Ausgabe 9/2008

* Jahresbeitrag auf Monatsbasis für Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für die Familie ergänzend zu den Leistungen des dbb im beruflichen Bereich, SB 250 € Versicherungsträger: Jurpartner Rechtsschutz-Versicherung AG

Jetzt informieren und Geld sparen:
www.dbb-vorsorgewerk.de/rechtsschutz



dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Schutz für die, die andere schützen

Aktion der JUNGEN POLIZEI beim Bundeskongress der DPoIG in Berlin

Bundesinnenminister Friedrich lobt Engagement

Jeden Tag setzen Polizistinnen und Polizisten ihr Leben ein, um andere zu schützen. Bei Großdemonstrationen, Fußballspielen und sonstigen jährlich wiederkehrenden Krawallveranstaltungen werden sie beworfen, geschlagen, bespuckt, beleidigt und verletzt. Polizeibeamte werden immer mehr zur Zielscheibe von Krawallmachern.

Bei der Räumung eines besetzten Hauses in Berlin zu Beginn dieses Jahres wurde wieder einmal das Motto mancher Randalierer deutlich: „Tritt dem Bullen ins Gesicht, bis der Schädel bricht.“ Mit friedlichem Protest hat dies nichts mehr zu tun. Trotz steigender Gewalt gegen Polizeibeamte setzen einige Landesregierungen alles daran, ihre Polizeibeamten zu verpflichten, ein Namensschild beziehungsweise eine Individualnummer zu tragen. Für die JUNGEN POLIZEI eine nicht hinzunehmende, pauschale Kriminalisierung und überdies besonders eine Gefährdung der Kolleginnen und Kollegen.

Den Bundeskongress nutzte die DPoIG als Plattform, um den geladenen politischen Vertretern und den Delegierten der DPoIG zu verdeutlichen, welche Risiken eine Kennzeichnungs-



> Plakat der JUNGEN POLIZEI gegen die Kennzeichnungspflicht von Polizisten.

pfligt für Polizeibeamte birgt. In Köln entstanden im Februar bei einem Fotoshooting mehrere große Plakate und ein bedrucktes Diensthemd, auf denen die Forderung der JUNGEN POLIZEI dargestellt wird: Keine Kennzeichnungspflicht!

Vor der Öffentlichkeitsveranstaltung des Bundeskongresses konnte Bundesjugendleiter Daniel Jungwirth mit einigen politischen Vertretern über dieses Thema diskutieren.

Bundesinnenminister Friedrich zeigte sich beeindruckt von den Plakaten und bedruckten Hemden und sicherte zu, sich dieses Themas anzunehmen.

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann war so beeindruckt, dass er nochmals separate Bilder angefordert hat, da Bayern seine Beamtinnen und Beamte nicht zur Kennzeichnung zwingen wird.

Der Vorsitzende des Innenausschusses des deutschen Bundestages, Wolfgang Bosbach (CDU), diskutierte mit Jungwirth kritisch über die Kennzeichnungspflicht.

Er selbst sei im Laufe der letzten Monate vom Gegner zum Befürworter geworden. Ihm und seinen Kollegen legten die Vertreter der JUNGEN POLIZEI dar, dass beim Tragen von Namensschildern eine erhebliche Gefahr für die einzelnen Beamten besteht. Bei den Müllers, Maiers und Schulzes ist dies unter Umständen nicht so gravierend, doch auch in Berlin gibt es Namen, die einmalig sind.

Bosbach und Fraktionskollegen konterten mit aus ihrer Sicht nachvollziehbaren Argumenten von Verantwortung für das Handeln.

Doch der Polizeibeamte ist in seinem Dienst Situationen aus-

gesetzt, in denen er aus Sicht der Betroffenen ungerechtfertigt handelt. Die Zurschaustellung seiner Identität könnte dazu missbraucht werden, nicht gerechtfertigte Verfahren einleiten zu lassen oder den Beamten und seine Familie in ihrer Lebensgestaltung zu beeinträchtigen. Des Weiteren können ähnlich klingende oder gar gleiche Namen von Polizeibeamten zu Verwechslungen führen. Auch eine Differenzierung zwischen dem polizeilichen Streifendienst und dem Einsatz in geschlossenen Einheiten erscheint nicht zielführend, da die Beamten stets der Gefahr einer Nachstellung ausgesetzt sind.

Einsichtig, jedoch nicht von den Argumenten der Bundesjugend überzeugt, wurde die Kennzeichnung mittels einer Nummer als Alternative genannt.

Diese Kennzeichnungsart wird von der JUNGEN POLIZEI ebenso konsequent abgelehnt. Ables- oder Merkfehler können zu folgenschweren Verwechslungen führen. Wenn ein Bürger den Namen des Beamten erfahren möchte, steht er meist aufgrund der vorangegangenen Situation unter Stress und Erregung, was eine mögliche Verfälschung der Wahrnehmung noch forcieren könnte.

Ähnliche Erfahrungen werden schon seit Jahren bei der Nachfrage nach Fahrzeugkennzeichen gemacht, die vom Umfang der zu merkenden Zeichen einer Individualnummer nach Berliner Vorstellungen entsprechen. Bei länderübergreifenden Einsätzen würden gleiche Nummern von Beamten unterschiedlicher Länderpolizeien die Problematik noch verschärfen.



> Daniel Jungwirth, DPoIG-Bundesjugendleiter, nutzte beim Bundeskongress die Gelegenheit, Bundesinnenminister Friedrich die Aktion der JUNGEN POLIZEI vorzustellen.

HEROES WEAR HAIX®

Wenn in der Vergangenheit Fälle von vermeintlicher „Polizeigewalt“ eingetreten sind, wurden die verantwortlichen Beamten bisher auch ohne eine persönliche Kennzeichnung ermittelt. Einsatzdokumentationen, privates Bildmaterial und Aussagen von Zeugen reichen für eine solche Identifizierung aus. Dies widerlegt auch den vorgeworfenen „Korpsgeist“, der von polizeikritischen Gruppierungen stets angeprangert wird. Transparenz des Handelns und bürgernahes Verhalten sind Grundvoraussetzungen polizeilicher Arbeit.

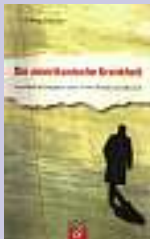
Die Aktion der JUNGEN POLIZEI wird weiterlaufen. Die positive Resonanz beim Bundeskongress hat den Kolleginnen und Kollegen den Schub gegeben, ihre Argumente gegen eine Kennzeichnungspflicht künftig bei zahlreichen Veranstaltungen im Land kundzutun. ■

Buchvorstellung

Georg Milzner: Die amerikanische Krankheit.

Amoklauf als Symptom einer zerbrechenden Gesellschaft, Gütersloher Verlagshaus 2010

Der Diplom-Psychologe Georg Milzner sucht in diesem Buch Gründe für Amokläufe. Er stellt jedoch nicht den Täter in den Fokus, sondern das gesamtgesellschaftliche Umfeld und unterscheidet sich damit von anderer Literatur, die sich mit dem Thema Amoklauf befasst. Indem er die wenig beachtete Tatsache, dass sich school shootings hauptsächlich in den USA und Deutschland ereignen, in den Mittelpunkt stellt, gelingt ihm eine Diagnose des Amoklaufs als einer im Kern gesellschaftlichen Erkrankung, bei der es ein grober Fehler wäre, sie nur an ein paar fehlgeleiteten Einzelnen festzumachen.



In der Tradition der psychologischen Gesellschaftskritiker leuchtet Milzner in die Schichten des amerikanischen Unbewussten hinein und macht dort die tieferen Gründe für moderne Amokläufe aus. Deutschland, so zeigt das Buch auf, ist insbesondere deshalb vom modernen Amoklauf betroffen, weil es in seiner eigenen Identität unsicher ist und so von den Erkrankungen der amerikanischen Kultur leicht infiziert werden kann. ■



KENTUCKY



COLORADO

Die perfekten Schuhe für Outdoor-Aktivitäten

Atmungsaktiv & wasserdicht durch GORE-TEX® Performance,
Mittelfußunterstützung durch HAIX®-AS-System

Wir schenken Ihnen €10,-

Ab einem Mindestbestellwert von € 50,- bei einer Bestellung
auf www.haix-webshop.de – gültig bis zum 03.06.2011
Geben Sie einfach bei der Bestellung den **Gutschein-Code** ein:

gisobu36

Hochwertige Qualitätsschuhe für alle Bereiche:

Feuerwehr · Rettungsdienst
Security · Jagd · Workwear & Freizeit

... denn Profis tragen HAIX®!



www.haix-webshop.de



HAIX®-Schuhe Produktions- und Vertriebs GmbH
84048 Mainburg, Germany, Tel. +49 (0) 87 51/86 25 - 0

Positive Impulse für die Stiftung der DPoIG auf dem Bundeskongress in Berlin

Der Landesverband Berlin und kurz darauf der Landesverband NRW fassten den Beschluss, die Stiftung monatlich finanziell zu unterstützen. Berend Jochem, Vorsitzender der Stiftung, wurde durch diese noble Geste der beiden Landesverbände überrascht. Bodo Pfalzgraf (Berlin) und Erich Rettinghaus (NRW) drücken somit die Bereitschaft dieser beiden Länder zur dauerhaften Unterstützung der Stiftung aus. Hiermit wurde die Idee geboren, dass – neben dem Engagement unserer Förderkreismitglieder – Landesverbände der DPoIG ihre tatkräftige Unterstützung für die gemeinsame Hilfe für unsere Kolleg(inn)en in Zukunft verstärken. Wir möchten hiermit unsere Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass gute Vorbilder gern nachgeahmt werden dürfen. Finanzielle Einnahmen sind für die Stiftung für seriöse Planungen unabdingbar.

Man darf auch nicht vergessen, dass die vier Regionalbeauftragten der Stiftung ausge-



Die DPoIG Hochtaunus übergab der DPoIG einen Scheck über 500 Euro. V. l. n. r.: Berend Jochem (Stiftungsvorsitzender), Björn Werminghaus (stellv. Landesvorsitzender Hessen), Ralf Kusterer (stellv. Bundesvorsitzender).

hend von ihren Stammländern in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Niedersachsen und NRW bereits für ihre Tätigkeiten auch von anderen Landesverbänden wirtschaftlich unterstützt werden. Dies ist deswegen besonders wertvoll, da mehrere Länder durch die Arbeit der Regionalbeauftragten gefördert werden.

Eine Besonderheit der dauerhaften Unterstützung brachte wieder einmal die Junge Poli-

zei zum Ausdruck. Die Blaulichtbälle aus den Bundesländern Bremen, NRW und Baden-Württemberg stifteten alljährlich ihren Reingewinn an die Stiftung. Es wäre eine Freude für uns, wenn weitere Gewerkschaften und Verbände sich an diesem Engagement beteiligen würden. Schon mit einer kleinen Spende kann jungen Kolleg(inn)en aus den Bereichen Polizei, Feuerwehr und Justiz unter die Arme gegriffen werden.

Berend Jochem nahm hoch erfreut das Lob des neugewählten Bundesvorsitzenden Rainer Wendt für die Leistungen der Stiftung entgegen. Hierzu muss nachträglich bemerkt werden, dass die Verantwortlichen der Stiftung nur im Einklang mit den Idealisten, die sie, nicht nur bayernweit, umgeben, diese positiven Entwicklungen der letzten Jahre leisten konnte. Berend Jochem freute es auch sehr, dass die Landesvorsitzenden der Region Ost, im Vorfeld des Bundeskongresses, die Anregung gaben, „Stiftungssparschweine“ zur

besseren Identifizierung mit dem jeweiligen Landeswappen der einzelnen Regionen zu versehen. Somit kann die Stiftung ihr Motto „Helfer brauchen Hilfe“ noch besser bundesweit verbreiten. Die ersten Modelle konnte die Stiftung bereits auf dem Bundeskongress präsentieren.

Der niedersächsische Innenminister Uwe Schönemann hat schon vor Jahren das Aufstellen der „Stiftungssparschweine“ in den Dienststellen in Niedersachsen empfohlen. Berend Jochem sicherte ihm zu, dass die Folgeproduktion ebenfalls mit dem niedersächsischen Pferd versehen werde. Nun bleibt die Zuversicht, dass kein Dienstherr so „sympathische Schweine“ für die Hilfe seiner ihm anvertrauten Kolleg(inn)en von einem Tresenplatz verbannt. Berend Jochems große Hoffnung ist es, dass sich zahlreiche Kolleg(inn)en finden, die die „Betreuung“ der Sparschweine auf den Dienststellen übernehmen und nicht vergessen, dass die Inhalte auch den Weg auf das Stiftungskonto finden. Bislang gibt es in Deutschland etwa 133 „Schweinehirten“. Diese Zahl hofft die Stiftung bis zum nächsten Bundeskongress um ein Vielfaches zu steigern.

Bei seinem Dank für die der Stiftungsarbeit entgegengebrachte Sympathie brachte Berend Jochem seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Bundesleitung und der Bundesvorstand nun zu einem Freundeskreis für die Stiftung geworden sind und möglichst oft in ihren Verbänden für die Verbreitung der Idee sorgen.



Scheckübergabe des Landesverbandes Berlin an die DPoIG-Stiftung, v. l. n. r.: Berend Jochem (Vorsitzender der Stiftung), Sabine Schumann (Landesverband Berlin), Bodo Pfalzgraf (Landesvorsitzender DPoIG Berlin).

Polizeifachmesse IPOMEX

Großes Interesse am Stand der DPoIG – Gewalt gegen Polizisten ein Thema der Messe

Münster. Mehr als 3 000 interessierte Fachbesucher und 130 zufriedene Aussteller sind die Bilanz der fünften Internationalen Polizeifachmesse und Konferenz IPOMEX®, die vom 12. bis 14. April 2011 in Münster stattfand. „Die Aussteller verzeichneten sehr viele gute Gespräche mit den Entscheidungsträgern aus den Behörden“, bilanzierte Thomas Arabin, Geschäftsbereichsleiter Eigenveranstaltungen im Messe und Congress Centrum Halle Münsterland, zum Abschluss der dreitägigen Veranstaltung.

Besonderes Interesse galt dem Stand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Viele Besucher fragten nach Angeboten und Themen der DPoIG. Der DPoIG-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Erich Rettinghaus, begrüßte den Innenminister des Landes, Ralf Jäger (SPD), am Stand und tauschte sich mit ihm über die zukünftige notwendige Ausstattung der Polizei sowie über verbesserte Arbeitsbedingungen aus.

Ausgeprägt war das Interesse der Fachbesucher an neuester Fahrzeugtechnik und Ausstattung. „Hier stehen in vielen Bundesländern Ausschreibungen an“, erläuterte Geschäftsbereichsleiter Arabin. Für Funkstreifenwagen war eigens eine Sonderausstellungsfläche eingerichtet worden. Inhaltlich abgestimmt auf die Themen der Messe waren die begleitenden Fachkonferenzen. Das galt auch für die besonders gut besuchte Fachkonferenz „Moderne und adaptive Lichttechnik für den Funkstreifenwagen“, ausgerichtet vom Polizeitechnischen Institut der Deutschen Hochschule der Polizei.



> Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger (SPD), besuchte den Stand der DPoIG und wurde vom Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus begrüßt.

„Die IPOMEX® hat ihre herausragende Stellung als eine führende Polizeifachmesse behauptet“, unterstrich Arabin. Vor allem gewinnt sie immer weiter an internationaler Ausstrahlung. So wurden neben Vertretern aus dem Partnerland Niederlande auch Delegationen aus der Ukraine und aus Katar begrüßt. Sie interessierten sich als künftige Ausrichter großer Fußballturniere vor allem für neue Sicherheitskonzepte und -Produkte sowie für die internationale Zusammenarbeit bei Großereignissen. Besonders intensiv verfolgten sie auch die Diskussion rund um „Fußball und Gewalt“, zu der Vertreter der Polizei, des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) zusammenkamen.

Das zunehmende Problem der „Gewalt gegen Polizeibeamte“ wurde nicht nur von Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW, bei der Eröffnung der Messe deutlich angesprochen. Es stand auch im Mittelpunkt eines zweitägigen Symposiums zur Zukunft der Fortbildung und der Ausstattung des Wachdienstes der Polizei. Die Reduzierung von

Gewalt gegen Polizisten ist eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Dies erklärte Ralf Jäger zu Beginn der IPOMEX. „Das Strafmaß der einschlägigen Straftatbestände zu erhöhen, löst das Problem nicht. Durchgreifende Erfolge erzielen wir nur durch frühzeitige Prävention und Intervention“, erläuterte er bei der Eröffnung in der Halle Münsterland.

In den Vorträgen und Workshops des Kongresses, der die Messe begleitete, war die Gewalt gegen Polizeibeamte ein Schwerpunktthema. Diese hat, einer Studie in zehn Bundesländern zufolge, in den vergan-

genen Jahren massiv zugenommen. „Es kann nicht sein, dass die Menschen, die für Ordnung und Sicherheit in unserem Land sorgen, bei ihrem Einsatz für die Allgemeinheit verletzt werden“, unterstrich Jäger. Der Schutz der Polizistinnen und Polizisten habe daher für ihn höchste Priorität.

Als besondere Herausforderung für die Polizei bezeichnete Jäger den Tatort Internet. „Unsere Strafverfolgungsbehörden brauchen adäquate Instrumente“, forderte er. Hierzu gehörten neben der technischen Ausstattung auch die entsprechenden rechtlichen Befugnisse. „Dazu zählt zum Beispiel die überfällige verfassungskonforme Regelung für die Mindestdatenspeicherung.“ Dafür setzt sich auch die DPoIG ein, die eine schnellstmögliche Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung zugunsten einer besseren Kriminalitätsbekämpfung fordert.

Die nächste IPOMEX® findet vom 16. bis 18. April 2013 im Messe und Congress Centrum Halle Münsterland statt. ■



> Standbetreuung der DPoIG auf der IPOMEX und Besucher.



Diskriminierung beim Urlaubsanspruch?

Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf fällt ein wegweisendes Urteil: Nach dem Lebensalter gestaffelte Urlaubsansprüche verstoßen gegen das Verbot der Altersdiskriminierung.

In den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes TV-L und TVöD regelt § 26 den Anspruch auf Erholungsurlaub. Danach haben Beschäftigte in jedem Kalenderjahr Anspruch auf Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Entgelts. Bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche beträgt der Urlaubsanspruch in jedem Kalenderjahr

- > bis zum vollendeten 30. Lebensjahr 26 Arbeitstage,
- > bis zum vollendeten 40. Lebensjahr 29 Arbeitstage und
- > nach dem vollendeten 40. Lebensjahr 30 Arbeitstage.

Nach einem im Januar dieses Jahres ergangenen Urteil des Landesarbeitsgerichtes Düsseldorf kann die Altersstaffelung in Tarifverträgen eine unzulässige Diskriminierung wegen des Alters darstellen (LAG Düsseldorf, Az.: 8 Sa 1274/10).

Geklagt hatte eine Einzelhandelskauffrau gegen den nach dem Lebensalter gestaffelten Urlaubsanspruch in dem für sie gültigen Manteltarifvertrag, da die bestehende Regelung nach ihrer Auffassung das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verletze. Der Klage wurde durch das Gericht stattgegeben und der Klägerin ein Anspruch auf Urlaub nach der höchsten Altersstufe zugestanden.

► Begründung fehlt

Gerügt hat das Gericht im zu verhandelnden Fall, dass im Tarifvertrag nicht begründet ist,

warum die Urlaubsansprüche nach dem Alter gestaffelt werden. Die Richter beriefen sich auf die Gleichbehandlungsrichtlinien der Europäischen Union, nach denen Arbeitnehmer gleichbehandelt werden müssen, unabhängig von Geschlecht, Religion oder Alter. Hinzunehmen sind Ungleichbehandlungen laut Europäischen Gerichtshof nur, wenn diese entweder wegen spezifischer beruflicher Anforderungen notwendig sind oder wenn sie objektiv und angemessen und durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt sind.

Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, da die Revision zum Bundesarbeitsgericht (BAG) zugelassen ist. Gleichwohl hat das Urteil eine Sig-



nalwirkung für viele Branchen, in denen es nach Alter gestaffelte Urlaubsansprüche gibt. Das gilt auch für die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes TV-L und TVöD.

► Fazit:

Gemäß dem AGG dürfen Beschäftigte nicht aufgrund ihres Alters benachteiligt werden.

Eine unterschiedliche Behandlung kann jedoch zulässig sein, wenn diese entweder wegen spezifischer beruflicher Anforderungen notwendig ist oder wenn sie objektiv und angemessen und durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt ist. Letzteres hat das Gericht im vorliegenden Fall verneint.

Aus dem Urteil folgt jedoch nicht, dass eine Staffelung nach dem Lebensalter in Tarifverträgen generell unzulässig wäre. Sie ist vielmehr dann zulässig, wenn die genannten Voraussetzungen der Objektivität, der Angemessenheit und der Rechtfertigung durch ein legitimes Ziel vorliegen. Ein solches Ziel kann nach den Ausführungen des Gerichts etwa darin bestehen, ein größeres Erholungsbedürfnis älterer Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Dementsprechend können von der vorliegenden Regelung abweichende Staffelungen nach dem Lebensalter, wie beispielsweise im TV-L oder TVöD, wirksam sein.

Bei anfechtbaren Tarifverträgen ist davon auszugehen, dass die Tarifvertragsparteien neu oder nachverhandeln werden und entsprechende Begründungen in die Staffelungsregelungen einfließen lassen. ■



Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat

Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei und des Deutschen Historischen Museums in Berlin

Die Polizei war ein zentrales Herrschaftsinstrument des NS-Regimes. Von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang konnte es sich auf die Polizei stützen. Die Ausstellung zeigt, dass nicht nur die Gestapo, sondern auch die Kriminalpolizei und die uniformierte Polizei die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staates verfolgten – zunächst im Innern des Deutschen Reiches, ab Kriegsbeginn 1939 auch in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten. Von Norwegen bis Griechenland, von Frankreich bis in die besetzten Gebiete der Sowjetunion sicherte die Polizei die nationalsozialistische Herrschaft. Die Polizei war auch am Mord an den europäischen Juden beteiligt. Sie beteiligte sich zudem an der Verfolgung von Widerstandsgruppen gegen das nationalsozialistische Besatzungsregime und der Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft. Die Verbrechen verübten Polizisten, die mehrheitlich



> Aufnahme aus einem Fotoalbum eines Angehörigen des Reserve-Polizeibataillons 72, Polen um 1940. Münster, Geschichtsort Villa ten Hompel

in der Weimarer Republik, einem demokratischen Rechtsstaat, sozialisiert und ausgebildet worden waren.

Wer waren die Männer (und wenigen Frauen) in der deutschen Polizei, die politische und weltanschauliche Gegner des Nationalsozialismus verfolgten und schließlich ermordeten? Welche mentalen Voraussetzungen und strukturellen Bedingungen prägten das Verhalten der Polizeiangehö-

gen, dass sie das NS-Regime hinnahmen und sich schließlich daran beteiligten? Wer verweigerte sich den verbrecherischen Befehlen? Welche Motive waren dafür ausschlaggebend?

Auf diese grundlegenden Fragen versucht das Projekt „Die Polizei im NS-Staat“ Antworten zu geben, in dem es die Ergebnisse der Forschung bündelt und in einer temporären Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin der Öffentlichkeit zeigt.

In der heutigen Gesellschaft werden die Verbrechen der Polizei während der NS-Zeit noch immer überwiegend der Gestapo zugeschrieben. Dabei konnten wissenschaftliche Forschungen der letzten 15 Jahre belegen, dass auch die reguläre Kriminal- und Ordnungspolizei maßgeblich in die Verbrechen des NS-Staates involviert waren. Am Beispiel der Ordnungspolizei lässt sich nachweisen, in welchem Umfang „ganz normale Männer“

(Christopher Browning, US-Historiker) an der Ermordung von Juden beteiligt waren. In der Mehrheit waren die Polizisten weder überzeugte Weltanschauungskrieger noch bloße Befehlsempfänger. Sie besaßen durchaus Handlungsoptionen. Dennoch entzogen sich nur wenige von ihnen den verbrecherischen Befehlen.

Die Ausstellung präsentiert in sieben Kapiteln mehr als 500 Objekte zur Geschichte der Polizei im NS-Staat. Der Rundgang beginnt mit der Weimarer Republik, die von der Polizei nur ungern gegen die Angriffe politischer Extremisten verteidigt wurde. Die folgenden Abschnitte widmen sich dem Anfang der Diktatur und der Neuformation des Polizeiapparats nach der Etablierung des Regimes. Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf den Verbrechen der Polizei in den besetzten Gebieten ab 1939. Abschließend wird der Umgang damit in der deutschen Gesellschaft und Polizei nach 1945 dargestellt.

> Info



Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat
Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei und des Deutschen Historischen Museums in Berlin
April 2011 bis 31. Juli 2011, täglich von 10 bis 18 Uhr im Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin, Unter den Linden 2, 10117 Berlin
www.dhm.de



> Demütigung von Christine Neemann und Julius Wolff wegen Rassenschande, Norden 22. Juli 1935.

Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich

Nürburgring-Nordschleife – Legende, Faszination oder Schließung?

Die „Grüne Hölle“ auf dem Prüfstand der Verkehrssicherheit

Von Polizeihauptkommissar Werner Arenz, Adenau

Die weltbekannte Nordschleife ist ein Teil des Nürburgrings und laut eigenem Werbeslogan „Die schönste Rennstrecke der Welt“. Sie erhielt 1970 von dem Rennfahrer Jackie Stewart den Beinamen „Grüne Hölle“ aufgrund der grünen Heckenbepflanzung entlang der bis dahin klassischen 22,8 km langen Nordschleifen-Variante.

Die Legende fasziniert nach wie vor. Bei sonnigem Wetter herrscht Hochbetrieb auf dem Ring, wie er liebevoll von den Fans genannt wird. Motorsportbegeisterte Menschen aus nah und fern pilotieren mit mehr oder minder wertvollen, vor allem aber schnellen Autos und Motorrädern, Runde um Runde. Die fortschreitende Technik, ein verändertes

Freizeitverhalten, die Werbemaschinerie im Internet und das nötige Kleingeld lassen die Zahl der verkauften Rundentickets am Ring nach oben schnellen. **Trotz Sicherheitsvorkehrungen und Umweltauszeichnungen steigen aber auch die Unfallzahlen. Aufgrund der hohen Geschwindigkeiten weit jenseits von 200 km/h bleibt es bei den „Crashes“ meistens nicht nur bei Blechschäden. Rettungs- und Polizeiblaulicht sind ständiger Gast auf der Rennstrecke mit Schranken und Einfahrtskontrollen.**

Eine Betrachtung aus rechtlicher und „Insider“-Sicht soll den Leser zum Nachdenken anregen und selbst entscheiden lassen: Legende, Faszination oder Schließung?

➤ Geschichte/Legende

Die Eröffnung der Nordschleife erfolgte bereits 1927 als permanente Rennstrecke in der landschaftlich reizvollen, aber strukturschwachen Region, der Eifel, um den Ort Nürburg. Eine Art „Notstandsprogramm“ der 1920er-Jahre aus beschäftigungs- und konjunkturpolitischen Gründen im damals armen Eifelland. „Der Ring“ wurde als reine Rennstrecke konzipiert und gebaut

➤ Werner Arenz



Polizeieintritt 1980; Dienstgruppenleiter bei der Polizeiinspektion Adenau am Nürburgring; Koordinator des ZTN (Zweiradteam Nürburgring) der Polizei in Adenau.

und war niemals als eine Verbindungsstraße zwischen den Ortschaften oder als Anschluss an das allgemeine Straßenverkehrsnetz geplant.

Das letzte Rennen der Formel 1 fand 1976 auf der Nordschleife statt. Bis 1982 wurde sie noch von kleineren (und langsameren) Sport-, Touren- und Formel-2-Rennfahrzeugen befahren. 1980 verabschiedete sich auch der Motorrad-Grand-Prix auf

grund der enormen Gefährlichkeit von der Nordschleife.

1983 wurde die Strecke auf die heute noch gültigen 20,832 km pro Runde verkürzt, um durch den Wegfall der bis dahin befahrenen Geraden im Bereich „Start und Ziel“ sowie den Wegfall der Südkehre Platz für die neue Grand-Prix-Strecke zu haben. Seit 1984 werden „offizielle Rennen“ fast ausschließlich auf der zweiten Rennstrecke des Nürburgrings, der Grand-Prix-Strecke, gefahren. Ausnahmen bilden das Internationale ADAC-24-Stunden-Rennen und die ca. zehnmal jährlich stattfindenden VLN-Rennen (Veranstaltergemeinschaft Langstreckenmeisterschaft Nürburgring). Bis 1993 gastierte auch die DTM (Deutsche Tourenwagen Meisterschaft) auf der legendären, aber gefährlichen Nordschleife.

2009 wurde an der Rennstrecke ein ganzjähriges Freizeit- und Businesszentrum rund um Motorsport und Mobilität errichtet. Der Eigentümer ist dabei nicht der Betreiber des Nürburgrings: Entsprechend dem seit dem 1. Mai 2010 gültigen neuen Geschäftsmodell von Landeswirtschaftsminister Hendrik Hering ist die Nürburgring GmbH zur reinen

Impressum:

Redaktion: Jürgen Roos
53547 Roßbach
Tel. + Fax: 02638-1463
mobil: 0160-99494341
roos-j@t-online.de

Nadine Kupplich
42855 Remscheid
Tel.: 02191-4613967
Mobil: 0176-20644910
Nkupplich@t-online.de

LBN VVaG

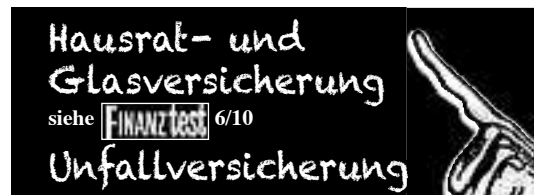
gegründet als
Lehrerbrandkasse –
heute offen für alle

Tel. 05 11/54 48 88-0
www.lbn.de



Weniger zahlen. Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren
überaus günstigen Versicherungen.



Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).



Besitzgesellschaft geworden und steht zu 90 Prozent in der Hand des Landes Rheinland-Pfalz. Zehn Prozent der Anteile hält der Kreis Ahrweiler. Es handelt sich also sozusagen um zwei staatliche Rennstrecken. Die Vermarktung der Rennstrecken sowie der neuen Freizeit-Immobilien ging auf die neue Betriebsgesellschaft – Nürburgring Automotive GmbH – über.

➤ **Trotz dieser Veränderungen: Die Faszination Nordschleife ist auch 2010 ungeboren.**

Viele bezeichnen sie als die weltweit größte, legale Herausforderung auf dem Asphalt: 73 unterschiedliche Kurven – mit individueller Neigung und Verlauf, Bodenwellen, auch Sprunghügel genannt – geringe Auslauf- und Sturzzone, ein ständiges Bergauf und -ab, wollen bezwungen werden. Die Nordschleife und die sich anschließende Grand-Prix-Strecke werden tageweise an Automobilclubs und Zubehörhändler etc. vermietet und für entsprechende Testfahrten als nicht öffentlicher Verkehrsraum genutzt.

Aber dann: Fast täglich in den Nachmittags- und Abendstunden wird die Nordschleife für die so genannten Touristenfahrten freigegeben. Hier darf jeder Laie sein rennfahrerisches Können den vielen Zuschauern für 24 Euro pro Rundenticket¹ beweisen. Das Pro der Touristenfahrten: Der Veranstalter wirbt dabei wörtlich: „mit dem schönsten Stück Asphalt zwischen Nord- und Südpol“. Und weiter: „Die Nordschleife ist keine moderne Rennstrecke. Sie ist vielmehr die schönste Landstraße ohne Gegenverkehr. Also: Kein Risiko.“²

Die mögliche, polizeiliche Schlussfolgerung wurde einmal wie folgt formuliert:³

Die Nordschleife ist die sicherste Straße in unserem Dienstbezirk!

➤ **Beweis:**

- Sie hat keinen Gegenverkehr.
- Sie hat keinen Querverkehr.
- Sie verfügt über eine optimale Fahrbahnoberfläche und -beschaffenheit.
- Sie wird ständig überwacht.
- Sie wird nur bei Tageslicht und nicht bei extremen Witterungsbedingungen (Schnee, Eis) benutzt.
- An Wochenenden und Feiertagen ist ein eigener Sanitätsdienst eingerichtet.
- Sie wird nicht von Fußgängern und Schwerlastverkehr benutzt.

Ergo: Die Nordschleife ist zwar eine Rennstrecke. Auf ihr werden aber weder Güter transportiert noch verbindet sie zwei auseinanderliegende geographische Punkte miteinander.

Das Ziel endet in der Startposition. Auf der Nordschleife muss niemand fahren! Wer auf der Nordschleife fährt, verbindet damit in aller Regel die Absicht, sein Fahrzeug unter rennmäßigen Bedingungen zu fahren, zu testen und sein eigenes Können zu verbessern. Dieses Verhalten schult die Fahrer/-innen und dient somit auch im erheblichen Maße der Verkehrssicherheit.

➤ **Das Contra:**

- Bisher sind auf dem Nürburgring (alle Veranstaltungen und Touristenfahrten) insgesamt mehr als 140 Menschen tödlich verunglückt.⁴
- Die Nordschleife gilt auch als die gefährlichste Rennstrecke der Welt.
- Die Verkehrsunfallentwicklung auf der Nordschleife ist seit Jahrzehnten eine viel thematisierte Problematik der Polizei, der Straßenverkehrs- und sonstigen Behörden sowie des Betreibers.

➤ **Ja, was denn nun?**

Zur Beleuchtung der Realität begeben wir uns zwangsläufig zu den Fakten und der „trockenen“ Statistik:

Die polizeilichen Daten der Nordschleife (Zahlen 2009/in Klammern aus 2008):

- Im Zusammenhang mit den Touristenfahrten auf der Nordschleife wurde die Polizei in Adenau zu 104 (105) Unfallaufnahmen gerufen.
- Insgesamt verunglückten nach polizeilichen Feststellungen 65 (77) Personen.
- 1 (1) Verkehrsteilnehmer erlitt tödliche Verletzungen.
- 30 (30) Schwer- beziehungsweise 34 (46) Leichtverletzte wurden ärztlich versorgt.
- Von den 65 (77) Verunglückten waren 49 (55) Personen motorisierte Zweiradfahrer, davon 1 (1) Getötete(r), 27 (23) Schwer- und 20 (31) Leichtverletzte.
- An den Unfällen waren 101 (98) Pkw und 67 (77) Zweiräder beteiligt.
- 61 (79) dieser Unfälle geschahen dabei am Wochenende zwischen 15.00 Uhr und 18.00 Uhr.
- Eine nicht angepasste beziehungsweise überhöhte Geschwindigkeit wurde bei 57 (61) Unfällen festgestellt. In 21 (18) Fällen waren technische Defekte/Mängel, in der Mehrzahl Betriebsmittelverluste, unfallauslösend.

Als verkehrssichernde Maßnahmen wurden unter anderem eine eigene „Einsatzkonzeption Nürburgring“ sowie zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle mit schwerem Personenschaden unter Beteiligung von Zweiradfahrern bei der Polizei Adenau für die Saison 2009 und 2010 unter an-

derem wieder eine „Kontrollgruppe Zweiradteam Nürburgring – ZTN“ eingesetzt.⁵

➤ **Die rechtlichen Aspekte:**

a) Das statistische Landesamt hat am 17. Dezember 2004 mitgeteilt, dass die Straßenverkehrsunfälle auf dem Nürburgring künftig nicht mehr statistisch erfasst werden sollen, weil diese wegen der Besonderheiten – Nutzung einer privaten Straße gegen Entgelt – nicht der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik zugeordnet werden können. Das statistische Bundesamt in Wiesbaden und der Landesbetrieb Straßen und Verkehr sind mit dieser Verfahrensweise einverstanden.⁶

Die „Nordschleifen-Daten“ werden seit 2005 extern erfasst. Die Folgen: Bei isolierter Betrachtung der Nordschleifenunfälle ergibt sich ein verzerrtes Bild der polizeilichen „Gesamt-Unfallstatistik“ der Polizei Adenau in Richtung eines vermeintlichen Rückgangs. Tatsächlich sind die Unfallzahlen gestiegen (Gesamtzahlen PI Adenau mit Nürburgring: 2006=1 087, 2007=1 145, 2008=1 184, 2009=1 253 Unfälle).⁷

b) **Die Nürburgring-Nordschleife ist eine öffentliche Straße i. S. d. Landesstraßengesetzes, für die auch die Straßenverkehrsordnung gilt.** Zudem handelt es sich um eine gute und breit ausgebaute Einbahnstraße mit breiten Sicherheitsstreifen, die den Charakter einer Kraftfahrstraße erfüllt. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Nordschleife des Nürburgrings ergeht hiermit gemäß §§ 44 und 45 der StVO vom 16.11.1970 (BGBl. I Seite 1 565), in der jetzt geltenden Fassung, nachfolgende verkehrspolizeiliche Anordnung: 1. Für die gesamte Nordschleife des Nürburgrings wird das Verkehrszeichen 331 (Kraftfahrstraße) angeordnet. ...⁸ ... Der Nürburgring ist eine geschlossene Fahrbahn ... **Es gilt außerdem die Grundregel über die Fahrgeschwindigkeit nach § 3 StVO ...**⁹

Die Nordschleife ist während den Touristenfahrten, seit der Widmung als Kraftfahrstraße, somit rechtlich öffentlicher Verkehrsraum, auf den alle gesetzlichen Regelwerke in vollem Umfang gelten und zu beachten sind. Das heißt, dass das Rechtsüberholen, Drängeln, Schneiden von Kurven, unangepasste Geschwindig-

keit – insbesondere auch bei schlechten Witterungs- und Verkehrsverhältnissen –, Fehler beim Überholen und Überholtwerden, Nötigungen, Gefährdungen rechtliche Verstöße darstellen und auf der Rennstrecke gehandelt werden könn(t)en.

➤ **Die Problemfelder:**

1.) **Statistische Abweichungen:**

Die Unfallzahlen der Polizei und des Nordschleifen-Betreibers weichen erheblich voneinander ab. „Die Unfallaufnahme der Polizei ist klar geregelt. Die Polizei ist von dem Betreiber, den Ordnern, zu verständigen, wenn:

- mindestens eine Person stationär in ein Krankenhaus eingeliefert wird. Nach Möglichkeit ist die Polizei direkt zum Unfall hinzuzuziehen.
- ein unerlaubtes Entfernen vom Unfallort vorliegt.
- einer der Beteiligten die Hinzuziehung der Polizei wünscht.

Bei Auffahrt der Polizei zur Unfallaufnahme ist die Strecke unverzüglich zu sperren. Die Wiedereröffnung erfolgt nach Freigabe durch das Streckensicherungspersonal.“¹⁰

Zudem befährt die Polizei die Rennstrecken zur Unfallaufnahme etc., sofern sie von Zeugen oder anderen Personen auf ein entsprechendes Ereignis hingewiesen wird. Bei Verdachtslage auf eine Straftat gilt die Strafverfolgungspflicht natürlich auch bei vermieteten nicht-öffentlichen Strecken.

Die Unfallzahlen der Nürburgring GmbH sind dabei wesentlich höher.

Nach der Unfallstatistik der Nürburgring GmbH ereigneten sich im Jahr 2007 auf der Nordschleife 527 Verkehrsunfälle mit 91 Verletzten. Die polizeiliche Verkehrsunfallstatistik weist in dem gleichen Zeitraum jedoch nur 111 Unfälle mit 82 Verletzten aus.¹¹ **Die Ursache liegt an dem Interesse des Betreibers, jeglichen Schaden an und auf der Strecke ersetzt zu bekommen, sowie der kürzeren Sperrzeit der Nordschleife nach einem Unfall ohne Hinzuziehung der Polizei. Folgerichtig höher ist die Anzahl der Ticketverkäufe bei „laufendem Betrieb“ der Nordschleife. Die polizeilichen Schadensschätzungen überstiegen dabei erstmalig in 2008 die Eine-Milliardo-Euro-Grenze.**

1 Preise für 2011: Eine Runde kostet 24 Euro; vier Runden 89 Euro (incl. Verzehrgutschein über zehn Euro); 25 Runden 470 Euro (incl. Ringwerk-Ticket und 30 Euro Verzehrgutschein) Jahreskarte 1 350 Euro (incl. zwei Ringwerk-Tickets und 100 Euro-Bon)

2 www.nuerburgring.de – Vorsicht statt Nachsicht

3 Verkehrsunfallentwicklung am Nürburgring, Schreiben PI Adenau, 25. März 1998 auf Anfrage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

4 Polizeiliche Unfallstatistik/Internetrecherche

5 Verkehrsanalyse der PI Adenau 2009

6 Schreiben Ministerium des Innern und für Sport, Mainz, 30. Dezember 2004, Az.: 20 220/344

7 Verkehrsanalyse der PI Adenau 2009

8 Vollzug der StVO, VG-Verwaltung Adenau, Az.: 3-161-02 vom 1. September 2003

9 Auszug aus: Anwendung der Höchstgeschwindigkeits-Verordnung vom 16. März 1972 (BGBl. I S. 461) auf dem Nürburgring, Bezirksregierung Koblenz, Az.: 333-01/II vom 23. November 1972

10 Regelung/Schreiben PI Adenau, Az.: 20 120 9 vom 17. Oktober 2000 sowie Auszüge aus der Dienstweisung zum Verhalten des Kontrolldienstes bei Touristenfahrten auf der Nürburgring-Nordschleife vom 13. September 1998

11 Verkehrsanalyse der PI Adenau 2008

2.) Sicherheitsvorkehrungen

Die Nordschleife – für Rennen wegen der Gefährlichkeit nicht mehr in Gebrauch – dient privaten Pkw- und Motorradfahrern als Übungsstrecke.

Hier ist es oftmals zu Unfällen gekommen, die in Ursache und Ausmaß der Folgen nach Ansicht von Betroffenen auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen zurückzuführen sind. Insbesondere die gleichzeitige Nutzung der Nordschleife von Pkw und Motorrädern wird dabei als Sicherheitsrisiko gesehen.¹²

Der Betreiber setzt zur Sicherung des Fahrbetriebs bei den Touristenfahrten einen mobilen und stationären Kontrolldienst ein. Dessen Hauptaufgabe ist es, die Ordnung im Fahrbetrieb entsprechend der StVO und der Nürburgring-Hausordnung zu erhalten. Weitere Aufgaben zur Erhöhung der Sicherheit:

- > Unfälle und Beschädigungen zu vermerken,
- > Gefahrenstellen abzusichern,
- > Lärmmessungen durchzuführen und regelwidrige Fahrzeuge mit einer Lärmentwicklung von über 95 dB(A) von der Strecke zu weisen,
- > Überprüfungen und Streckenweise bei StVZO- und sonstigen Hausordnungs-Verstößen (Verbot „Roter- und Händlerkennzeichen, Kurzzeitkennzeichen“),
- > Handyverbot,
- > Feststellung technischer Mängel,
- > Tagfahrlicht,
- > Sicherheitsbekleidung,
- > Helmempfehlung für Autofahrer,
- > Flaggenbeachtung,
- > Bereithalten einer Nordschleifen-Notrufnummer – 02691.302112,
- > sofortiges Halt- und Sicherungsgebot bei Betriebsmittelverlusten,
- > zudem: Beschilderung von Gefahrenpunkten,
- > Anbringung von Schutzplanken und Reifenstapel an besonders gefährlichen Streckenabschnitten etc. ...¹³

Die öffentlich-rechtliche Aufgabe der Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Verantwortung für Maßnahmen zur Verkehrsunfallbekämpfung sind aufgrund des öffentlichen Verkehrsraums bei den Behörden der VG Adenau und dem Polizeipräsidium Koblenz angesiedelt. Die Anordnungen der verbindlichen Gefahrenzeichen, die Ausweisung als Kraftfahrstraße sowie die Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 50 km/h im Bereich der Auf- und Abfahrt haben damit eine Rechtsverbindlichkeit für Touristenfahrer.

Nach diesen ernüchternden Zahlen und den zitierten Texten wenden wir uns nun mit faktischem Wissen

und geschärftem Blick der kritischen Betrachtung in 2010 zu:

Die Nordschleife wird regelmäßig abends für zwei Stunden sowie meist ganztätig am Wochenende für den Touristenverkehr (Pkw und Motorrad) freigegeben. Eine angeordnete Sperrung der Nordschleife für Motorradfahrer, aufgrund des prozentual hohen Anteils an Unfällen, wurde übrigens im Hinblick auf die Verkehrssicherheit im Umfeld des Nürburgrings verworfen. Die Befürchtung: Fahrzeugführer, die die Grenzen ihres fahrerischen Könnens testen möchten, verlagern sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die umliegenden Landes- und Bundesstraßen. Dies hätte eine Steigerung der Verkehrsunfälle in der Umgebung zur Folge. Eine zeitliche Trennung von Auto- und Motorradfahrern wurde, trotz vielfacher Forderungen, bislang nicht durchgeführt.

Nebenbei, auch Reisebusse „kriechen“ gelegentlich, meist während den so genannten Kaffeefahrten, eine Runde über den Ring. Entsprechende Klappschilder für die angekündigten Busfahrten auf der Rennstrecke waren vorhanden! Aber: Bei über 200 km/h im Auto oder auf dem Motorrad wurden diese gefahrmindernden, freundlichen Hinweise – und die Busse – manchmal übersehen. Die „Sightseeing-Busse“ werden nun von einem Streckenfahrzeug begleitet und zusätzlich warnen 12 Warnampeln die schnelleren Fahrzeuge vor dem großen „Standhindernis“.

Der Anteil der Jahreskarteninhaber und der sichtbaren PS-starken Pkw und Motorräder steigt stetig an. Eine so genannte Lizenz für den Motorsport wird für den Erwerb der Jahreskarte, so wie früher, nicht mehr benötigt. Am Ring hat sich in den letzten Jahren eine eigene, private „Rennbranche“ entwickelt.

Viele Übernachtungsbetriebe bieten ganze Wochenenden für Nordschleifenbesucher an und vermitteln auch sogleich ein renntaugliches Mietauto. Diese Rennfahrzeuge stehen an den Mietwohnungen zur Verfügung. Diesen Markt nutzen vermehrt sehr viele skandinavische und britische „Rennfahrer“, welche ihren ganzen Jahresurlaub auf die Sommerwochenenden (plus ein Tag An- und Rückreise) für die Nordschleife verwenden.

Auch bei den „einheimischen“ Fans aus sämtlichen Bundesländern treten immer stärkere PS-Boliden gegeneinander an. Der typische Touristenfahrer der 70er- und 80er-Jahre „mit Hut und Wackeldackel“ oder die gemütliche Runde mit der Familie auf der Nordschleife gehören definitiv – bis auf die Busfahrten – der Vergangenheit an.

Beamendarlehen ab

0,99%

gibts bei uns nicht! Dafür aber die besten Konditionen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst!

Alles spricht für ein Beamendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von 10.000 € bis 80.000 €
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ Höchsteintrittsalter 58 Jahre
- ✓ 100 % anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100 % Vertrauensgarantie
- ✓ Garantierte Bestkonditionen

Jetzt anrufen: 030/40 81 64 25 und unverbindliches Angebot abfordern!

dbb vorsorgewerk GmbH
Friedrichstraße 165
10117 Berlin



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Tel.: 030/40 81 64 25
Fax: 030/40 81 64 99

beamendarlehen@dbb.de
www.dbb-vorsorgewerk.de

12 Schreiben Bündnis 90/Die Grünen im Landtag RLP an den Staatsminister im ISM, vom 29. September 2000

13 Auszüge: Vorsicht statt Nachsicht, Prospekt Nürburgring GmbH, download: www.nuerburgring.de sowie Maßnahmen zur Unfallreduzierung auf der Nordschleife bei Öffnung der Strecke für Touristenfahrten vom 26. März 1997

Wer heute die Nordschleife befährt, möchte „Rennfeeling“ erleben und VOLLGAS geben! Jedes sommerliche Wochenende sind die bekannten Parkplätze an – aber auch außerhalb der eingezäunten Rennstrecke – vor allem in den Abschnitten Pflanzgarten, Brünchen, in Breidscheid und am Adenauer Forst mit hunderten von Schaulustigen überfüllt. Hier wird auf die nächste „Action“, den nächsten Dreher oder Unfall gewartet und dieser dann frenetisch bejubelt. Stühle, Einweggrill und Getränkervorräte sind hierbei die Standardausrüstung der Zaungäste.

Im Zuge dieses „actiongeladenen Schauspiels“ klicken die Kameras leider auch bei den Unfällen mit Schwerstverletzten oder gar tödlichem Ausgang. Hierbei wird ohne Rücksicht auf die Betroffenen fotografiert und gefilmt. Die unfallunehmenden Polizeibeamten werden zu „Statisten“ mit Dauerblick auf die Strecke (kommt noch ein Renner?, brennt oder explodiert hier was? [Stichwort: Hybridbetrieb]), auf die Uhr (jede Sperrminute kostet Geld) und auf die eigentliche, auf Korrektheit bedachte Arbeit (es wird ja alles gefilmt!).

Auf der Nordschleife selbst geraten bei den „Tourirennen“ im Eifer des Gefechts sämtliche Beschilderungen und sonstige Sicherheitsmaßnahmen schnell in den Hintergrund, wenn ein „selbsternannter Rennfahrer“ schneller als der Vordermann ist und zum „Überholvorgang“ angesetzt wird. Hier herrscht oft das sichtbare Motto: „Hauptsache vorbei, egal wie.“ Auch die Prestigeduelle verschiedener Automarken und insbesondere Rennauto gegen Sportmotorrad bergen erhebliche Gefahren. Die schnellere Beschleunigung und der kürzere Bremsweg der meist zwischen 150 und über 200 PS starken Motorräder verlieren „Meter um Zentimeter“ in den Kurven gegen die weit PS-stärkeren Rennautos. Auf den Geraden wird das Schauspiel dann umgedreht. Diese physikalischen Gesetzmäßigkeiten ergeben meist gleiche Rundenzeiten der Kontrahenten und leider auch zumeist über 20 Kilometer „Rundenkrieg“ – vor und nach jeder der 73 Kurven! Ein geplatzter Kühlerschlauch, eine gerissene Ölwanne irgendeines unbekannteren vorausfahrenden Rennfahrers verwandeln die Rennstrecke dabei in eine lebensgefährliche Rutschbahn.

Am Ziel, sprich Start, angekommen, öffnet sich die Schranke zur nächsten Runde dabei per Chip an der mehrspurigen Einfahrt. Trotzdem ist hier oftmals Stauverkehr mit „qualmenden“ Motorhauben aufgrund der Überhitzung – nicht nur der Fahrzeuge! Eine Überwachung der Einhaltung der Sicherheitsregeln ist so praktisch nicht durchführbar. Zudem entfällt aus Zeitgründen oftmals der frühere obligatorische, prüfende Blick des in den Schalterraum verbannten Einlasskontrolleurs, so dass die Strecke frei ist für Fahrzeuge aller Art! Der Chipautomat erkennt keine Verstöße – „er“ ist schneller als jeder Kontrolleur und möchte nur das „Plastikgeld“ für die nächste Runde – „Time is Money“.

Trotz Video- und Fotoverbot während der Fahrt existiert eine Vielzahl von „schnellen und schnellsten Runden“ im Internet. In entsprechenden „Chats“ werden die Zeiten im Voraus unterboten – „Sollen wir wetten?“ Die Überwachung der eigenen Hausordnung des Betreibers kann aus der erwähnten Entwicklung oftmals nur außerhalb des Rennbetriebes auf dem hauseigenen Parkplatz stattfinden.

Aus den gleichen Gründen ist auch die polizeiliche Sicherheitsarbeit in das Umfeld „verbannt“. Die Nordschleife erfährt das Blaulicht meist nur bei Verletzten und getöteten „Touristenfahrern“.

▣ Fazit:

Der Mythos Nordschleife hat Bestand. Die erlaubte Höchstgeschwindigkeit orientiert sich am Können des einzelnen, selbsternannten „Rennfahrers“ – zumeist behelmt und in der Regel hinter dem Beckengurt und im Rennkäfing verschanzt, getreu dem Motto: „Schumi und Rossi waren gestern, heute bin ICH.“ Dabei differenziert die Selbsteinschätzung und die Realität meist erheblich voneinander und steigert leider auch das Gefahrenpotenzial.

Also: Schließung?

Als Polizeibeamter: UNBEDINGT, so ein Wahnsinn!!!

Aus persönlicher Sicht: NIEMALS, ich bin Eifeler und mag die Nordschleife! ■

Das Schutzgut der elterlichen Sorge im Sinne des § 235 StGB

Die familienrechtlichen Bestimmungen und ein kurzer Überblick zur objektiven Strafbarkeit der Entziehung Minderjähriger nach § 235 StGB

Von Rechtsanwältin Jennifer Breuer

Die elterliche Sorge steht den Eltern zu und gründet sich auf das verfassungsrechtlich verankerte Elternrecht des Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 GG. Diese auf den ersten Blick einfache und logische Regelung trifft in der Lebenswirklichkeit auf zahlreiche Fragestellungen. Welche Angelegenheiten gehören zur elterlichen Sorge und welche Auswirkungen hat eine Scheidung beziehungsweise Trennung der Eltern? Gilt dies nur für eheliche Kinder? Kann die Verletzung der elterlichen Sorge durch ein strafrechtliches Verfahren geahndet werden?

Die familiären Strukturen unserer Gesellschaft befinden sich seit mehreren Jahren im Umbruch. Es scheint, dass das klassische Familienmodell „Vater-Mutter-Kind“ nunmehr nur eine von mehreren möglichen Formen des Zusammenlebens darstellt. In Deutschland wird statistisch gesehen jede zweite Ehe geschieden, die Zahl der Alleinerzie-

henden steigt ebenso wie die Zahl der eheähnlichen Lebensgemeinschaften, welche bewusst auf den Trauschein verzichten. Nach erfolgter Trennung beziehungsweise Scheidung werden neue Partnerschaften eingegangen und so genannte Patchwork-Familien gegründet. Die Bestimmungen zum Sorgerecht für das minderjährige Kind müssen dementsprechend auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse angepasst werden.

Das Gesetz unterteilt die elterliche Sorge in drei Bereiche. In § 1626 Absatz 1 Satz 2 BGB sind zunächst die Personen- und Vermögenssorge für das Kind genannt. Nach § 1629 Absatz 1 Satz 1 BGB ist zudem die gesetzliche Vertretung des Kindes Bestandteil der elterlichen Sorge. Die Vorschrift des § 1627 BGB bestimmt, dass beide Elternteile die elterliche Sorge in eigener Verantwortung und im gegenseitigen Einvernehmen zum Wohle des Kindes ausüben sollen.

▸ Jennifer Breuer



Studium der Rechtswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Giessen und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

1. juristisches Staatsexamen 2006 JPA beim OLG Düsseldorf, Referendariat beim LG Duisburg

2. juristisches Staatsexamen 2009 LPA Düsseldorf; 2009 Zulassung zur Rechtsanwaltschaft
Seit Oktober 2009 freie Mitarbeiterin in einer Anwaltssozietät in Remscheid

Fachliche Schwerpunkte: Familienrecht, Verkehrsrecht, allgemeines Vertragsrecht

Inhalt der Personensorge sind sämtliche Angelegenheiten, die die Person des Kindes betreffen. Im Gesetz werden nur die wesent-

lichen Bereiche ausdrücklich genannt. Hierzu zählen insbesondere die Pflege, die Erziehung, die Beaufsichtigung und das Aufenthaltsbestimmungsrecht (§ 1631 Absatz 1 BGB) sowie die Ausbildungs- und Berufswahl (§ 1631 a BGB), die mit Freiheitsentziehung verbundene Unterbringung (§ 1631 b BGB), den Herausgabeanspruch gegenüber Dritten (§ 1632 Absatz 1 BGB) und die Bestimmung des Umgangs mit anderen Personen (§ 1631 Absatz 2 BGB).

▸ Wem steht nunmehr unter Berücksichtigung der vorerwähnten mannigfaltigen Familienmodelle die elterliche Sorge zu?

Das Gesetz unterscheidet hier zwischen ehelichen Kindern und Kindern nicht miteinander verheirateter Eltern. Beim ehelichen Kind besteht eine gemeinsame elterliche Sorge für beide Elternteile, ohne dass es hierzu gesonderter Erklärungen bedarf. Das gemeinsame elterliche Sorgerecht erlischt weder mit der Trennung, noch mit der Scheidung der Eltern, sondern besteht weiterhin fort.

Für ein Kind nicht miteinander verheirateter Eltern steht zunächst der Mutter das alleinige Sorgerecht zu. Die gemeinsame elterliche Sorge entsteht durch die Heirat der Eltern (§ 1629 a Absatz 1 Nr. 2 BGB) oder soweit beide Elternteile erklären, dass sie die Sor-

ge gemeinsam übernehmen wollen (§ 1629 a Absatz 1 Nr. 1 BGB). Solch eine Sorgeerklärung bedarf der öffentlichen Beurkundung (§ 1626 d Absatz 1 BGB). Die Beurkundung kann durch einen Notar oder die Urkundsperson des Jugendamtes erfolgen. Soweit die Mutter die Erklärung nicht abgibt beziehungsweise die Abgabe verweigert, verbleibt es bei dem alleinigen Sorgerecht für die Mutter, ohne dass für den Vater eine am Kindeswohl ausgerichtete gerichtliche Überprüfungsmöglichkeit besteht.¹

► **Antrag auf Übertragung des alleinigen Sorgerechts**

Besteht die gemeinsame elterliche Sorge und verlangt ein Elternteil nach Scheidung oder Trennung das alleinige Sorgerecht, muss dies beim zuständigen Familiengericht beantragt werden. Das alleinige Sorgerecht wird durch das Familiengericht übertragen, soweit der andere Elternteil zustimmt und das mindestens 14-jährige Kind nicht widerspricht oder das Gericht der Überzeugung ist, dass das alleinige Sorgerecht dem Kindeswohl am ehesten entspricht.

► **Alltagsorge**

Bei Bestehen der gemeinsamen elterlichen Sorge getrennt lebender Eltern verlangt das Gesetz gegenseitiges Einvernehmen nur noch bei Angelegenheiten, deren Regelung für das Kind von erheblicher Bedeutung ist (§ 1687 Absatz 1 BGB). Ansonsten hat der Elternteil, bei dem sich das Kind gewöhnlich aufhält, das alleinige Bestimmungsrecht über Angelegenheiten des täglichen Lebens. Hierzu zählen insbesondere die Freizeitgestaltung, Kontakte mit Verwandten und Freunden, medizinische Behandlungen (mit Ausnahme von Operationen) sowie allgemeine Betreuungs- und Erziehungsfragen.

► **Umgangsrecht**

Weiterhin relevant ist das Umgangsrecht nach § 1684 BGB. Die Vorschrift bestimmt das Recht des Kindes auf Umgang mit beiden Elternteilen und begründet für jeden Elternteil das Recht und die Pflicht auf Umgang mit dem Kind. Das Umgangsrecht besteht unabhängig von der elterlichen Sorge für jeden Elternteil. Das Familiengericht kann das Umgangsrecht einschränken oder ausschließen, wenn andernfalls das Kindeswohl gefährdet wäre.

► **Vorwurf der Entziehung Minderjähriger (§ 235 StGB)**

Besteht Streit zwischen den Eltern, geraten die gemeinsamen Kinder nicht selten zwischen die Fronten und dienen als Druckmittel. Hierbei ist es unerheblich, ob das Zerwürfnis der Eltern bei bestehender Ehe, eheähnlicher Lebensgemeinschaft oder nach Scheidung beziehungsweise Trennung entsteht.

Soweit einem Elternteil das gemeinsame Kind durch den anderen Elternteil entzogen beziehungsweise vorenthalten wird, wird häufig Anzeige wegen Entziehung Minderjähriger gemäß § 235 StGB erstattet. Die richtige Einschätzung der Rechtslage setzt konkrete Kenntnisse des objektiven Tatbestands voraus.

► **Der objektive Straftatbestand des § 235 StGB**

Die Entziehung Minderjähriger ist ein Dauerdelikt, dessen Tatbestand die Aufrechterhaltung eines rechts-

widrigen Zustands umfasst. Schutzgut des § 235 StGB ist die elterliche und sonstige familienrechtliche Sorge, hierzu zählt insbesondere auch das Umgangsrecht des nicht sorgeberechtigten Elternteils. Ebenso wird die körperliche und seelische Integrität des Minderjährigen selbst unmittelbar durch § 235 Absatz 4 Nr. 1 StGB geschützt.

Den Vergehen nach § 235 Absätze 1 und 2 StGB folgen in den Absätzen 4 und 5 eine Qualifikation und Erfolgsqualifikation, welche Verbrechen im Sinne des § 12 Absatz 1 StGB sind (auf die Darstellung der Qualifikationen wird aus Kapazitätsgründen verzichtet).

Bei den Vergehen nach § 235 Absätze 1 und 2 StGB handelt es sich um relative Antragsdelikte.

Besondere Aufmerksamkeit sollte auf die unterschiedlichen Begehungsformen und Voraussetzungen zur Täterschaft gerichtet werden, denn der Straftatbestand des § 235 StGB enthält verschiedene Varianten.

¹ Mit Beschluss vom 21.06.2010 hat das Bundesverfassungsgericht die gesetzliche Regelung zum Erhalt des Sorgerechts für den Vater eines unehelichen Kindes für verfassungswidrig erklärt. Es ist davon auszugehen, dass der Gesetzgeber in naher Zukunft eine neue gesetzliche Regelung vornehmen wird.

Bestellen Sie jetzt. Ganz einfach. Ganz wie Sie wollen.

Beamtendisziplinarrecht – aus der Praxis für die Praxis

Der Inhalt im Überblick:

- Allgemeine Grundlagen
- Materielles Beamtendisziplinarrecht (u.a. Beamtenpflichten, Dienstvergehen, Disziplinarmaßnahmen)
- Formelles Beamtendisziplinarrecht (u.a. behördliches und gerichtliches Disziplinarverfahren sowie sachgleiches Strafverfahren)

Was Sie davon haben:

Ein kompaktes Erläuterungs- und Nachschlagewerk aus der Praxis des Bundesverwaltungsgerichts für Behörden, Kanzleien und Gerichte, u.a. mit Beispielfällen, Praxistipps, weiterführenden Rechtsprechungs- und Literaturhinweisen sowie Muster- und Gesetzestexten.

NEUERSCHEINUNG



So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

324 Seiten
€ 54,90*

ISBN 978-3-87863-166-8

* zuzügl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE UND ARBEITNEHMER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: http://www.dbbverlag.de

BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

___ Exemplar/e „Grundzüge des Beamtendisziplinarrechts“

Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

Hierzu im Einzelnen:

> Nach § 235 Absatz 1 Nr. 1 StGB macht sich strafbar, wer Personen unter 18 Jahren unter Anwendung von List, Drohung oder Gewalt den Eltern, einem Elternteil, dem Vormund oder dem Pfleger entzieht oder vorenthält. Als taugliches Tatobjekt kommen demnach Kinder (Personen unter 14 Jahren) sowie Jugendliche (Personen ab 14 Jahren) in Betracht. Zur Ausführung der Tat müssen als Tatmittel List, Drohung oder Gewalt eingesetzt werden. Die Tatmittel können alternativ oder kumulativ eingesetzt werden und sich gegen den Sorgeberechtigten, einen Dritten oder auch den Minderjährigen selbst richten. Die Täterschaft kann sowohl durch Angehörige (siehe zum Begriff § 11 Nr. 1 StGB) als auch durch Dritte begründet werden.

> Nach § 235 Absatz 1 Nr. 2 StGB macht sich strafbar, wer ein Kind, ohne dessen Angehöriger zu sein, den Eltern, einem Elternteil, dem Vormund oder dem Pfleger entzieht oder vorenthält. Taugliche Tatobjekte sind im Unterschied zu Absatz 1 Nr. 1 nur Kinder. Der Einsatz von bestimmten Tatmitteln entfällt. Als Täter kommt jedoch nur ein Dritter in Betracht. Hierunter fallen insbesondere die Fälle der heimlichen Wegnahme von Säuglingen und Kleinkindern. Die Begrenzung der Täterschaft auf Dritte soll dazu beitragen, dass familiäre Konflikte nicht mit strafrechtlichen Mitteln ausgetragen werden. Der Versuch ist strafbar.

> Nach § 235 Absatz 2 StGB macht sich zudem strafbar, wer ein Kind den Eltern, einem Elternteil, dem Vormund oder dem Pfleger entzieht, um es in das Ausland zu verbringen (Nr. 1) oder im Ausland vorenthält, nachdem es dorthin verbracht worden ist oder sich dorthin begeben hat (Nr. 2). Taugliches Tatobjekt ist hier wiederum nur ein Kind. Die Täterschaft kann hingegen durch einen Angehörigen oder einen Dritten begründet werden. Unter Berücksichtigung der erheblichen Gefährdung des Sorgerechts bei Taten mit Auslandsbezug verzichtete der Gesetzgeber auf die Erforderlichkeit des Einsatzes bestimmter Tatmittel. Im Hinblick auf die Tatbegehung nach Nr. 1 besteht zudem eine Strafbarkeit des Versuchs. Soweit tatsächliche Anhaltspunkte einer drohenden Entziehung des Kindes in das Ausland vorliegen, soll durch rechtzeitige Aufnahme der Ermittlungen die Möglichkeit wahrgenommen werden, die Ausreise zu verhindern.

■ Geschützter Personenkreis

Zum geschützten Personenkreis zählen die sorgeberechtigten Eltern (auch Adoptiveltern) oder ein Elternteil sowie der Vormund und schließlich der eingesetzte Pfleger soweit ihnen das Sorgerecht alleine oder gemeinsam oder doch zumindest das Aufenthaltsbestimmungsrecht zustehen. Weiterhin geschützt ist jedoch auch der nur umgangsrechtliche Elternteil. Der Tatbestand des § 235 StGB kann somit auch von dem einen Elternteil gegen den ande-

ren Elternteil verwirklicht werden, mit Ausnahme der Tatvariante des § 235 Absatz 1 Nr. 2 StGB.

**■ Tathandlungen:
Entziehen und Vorenthalten**

Ein Entziehen im Sinne des § 235 StGB liegt vor, soweit der Täter den Sorgeberechtigten in der Ausübung der Personensorge, hierzu zählen insbesondere Pflege, Erziehung und Aufenthaltsbestimmung des Minderjährigen, durch eine räumliche Trennung von gewisser Dauer einschränkt, beeinträchtigt beziehungsweise diese unmöglich macht. Insbesondere bei der Entziehung von Säuglingen und Kleinkindern werden an die Dauer nur geringe Anforderungen gestellt, so dass hier bereits einige Stunden als ausreichend erachtet werden.

Ein Vorenthalten ist gegeben, wenn der Täter die Herausgabe des Minderjährigen verweigert oder erschwert. Hierzu zählt insbesondere auch die Verheimlichung des Aufenthaltsortes des Minderjährigen. Die Tatform des Vorenthalten ist vor allem in Fällen mit Auslandsbezug einschlägig.

■ Fazit

Bei einer Anzeige wegen Entziehung Minderjähriger durch einen Elternteil gegen den anderen Elternteil ist daher zunächst zu ermitteln, ob der Anzeigerstatter Inhaber der elterlichen Sorge ist oder zumindest ein Umgangsrecht besteht. Weiterhin wird vorausgesetzt, dass der Minderjährige unter Einsatz von List, Drohung oder Gewalt entzogen

beziehungsweise vorenthalten wird oder ein Auslandsbezug besteht. Ist der Aufenthaltsort des Minderjährigen unbekannt, können die Ermittlungen zum Auffinden des Minderjährigen führen. Die Herausgabe kann jedoch nicht erzwungen werden, da weitere strafrechtliche Mittel nicht zur Verfügung stehen. Kommt es zu einer Verhaftung beziehungsweise Verurteilung wegen Entziehung Minderjähriger, hat dies somit allenfalls eine gewisse Genugtuung für den anderen Elternteil zur Folge. Soweit es dem Elternteil vorwiegend auf die Herausgabe des Kindes ankommt, sollte immer ein Hinweis auf die Möglichkeit der Anrufung des Familiengerichts erfolgen. Hier ist vor allem an den Herausgabeanspruch gemäß § 1632 Absatz 1 BGB zu denken. Dieser Anspruch kann durch die Stellung eines Antrags auf einstweilige Anordnung zur Kindesherausgabe beim zuständigen Familiengericht durchgesetzt werden. Ist die Herausgabe des Kindes durch das Gericht angeordnet und kommt der Antragsgegner der Aufforderung nicht nach, kann das Gericht zur Durchsetzung des Anspruchs Zwangsmaßnahmen zur Herausgabe des Kindes an den Gerichtsvollzieher anordnen. Dies kann bis zur Wohnungsdurchsuchung und zum gewaltsamen Eingreifen der Polizei führen. Bei Taten mit Auslandsbezug ist zu beachten, dass Entscheidungen des Familiengerichts gemäß dem Europäischen Sorgerechtsübereinkommen (ESÜ) auch in den meisten Mitgliedstaaten anerkannt und vollstreckt werden können. ■

Kollision zwischen Pkw und Einsatzfahrzeug auf der Kreuzung

von Dr. Franz Otto, Witten

Nach den §§ 35 und 38 StVO kann ein Einsatzfahrzeug Sonderrechte in Anspruch nehmen. Dafür müssen auf alle Fälle das Blaulicht und das Martinshorn eingeschaltet sein. Diese Handhabung verringert jedoch die vom Fahrer des Fahrzeugs zu beobachtende Sorgfalt nur insofern, als es ihm erlaubt ist, trotz einer für ihn roten Ampel in eine Kreuzung einzufahren. Weder § 35 StVO noch § 38 StVO erlauben dem Einsatzfahrer aber ein Fahren ohne Rücksicht auf die sonstigen Verkehrsteilnehmer. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind gebührend zu berücksichtigen. Auch ergibt sich aus § 38 StVO keine Umkehrung des Vorfahrtsrechts. Die Vorschrift lässt vielmehr die Regelung der Vorfahrt an Kreuzungen unberührt, gestattet es also auch nicht ohne Weiteres, bei rotem

Ampellicht weiterzufahren. Die allgemeinen Maßstäbe werden aber dahingehend abgewandelt, dass die anderen Verkehrsteilnehmer auf ihr Vorfahrtsrecht vorübergehend verzichten müssen, wenn sie die besonderen Zeichen bemerkt haben. Das nach § 38 StVO mit Sonderrechten ausgestattete Fahrzeug darf daher nur dann bei rotem Ampellicht in die Kreuzung einfahren, wenn sich sein Fahrer vergewissert hat, dass die anderen Verkehrsteilnehmer sein Fahrzeug wahrgenommen und sich auf die Absicht, die Kreuzung zu überqueren, eingestellt haben.

Wenn davon ausgegangen werden muss, dass beim Einfahren in die Kreuzung die Schrittgeschwindigkeit überschritten wurde, ist ein Schadensersatzanspruch des Fahrers ei-

nes anderen Fahrzeugs, das beschädigt wurde, begründet.

Die Verpflichtung zum Schadensersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes hängen gemäß § 17 StVG von den Umständen, insbesondere von den jeweiligen Verursachungsbeiträgen ab. Dabei sind zu Lasten einer jeden Partei nur solche Umstände zugrunde zu legen, die unstreitig oder bewiesen sind oder sonst feststehen.

Regelmäßig ist beim Einsatzfahrzeug die Betriebsgefahr zu berücksichtigen, die sich in dem Unfall verwirklicht. Die Betriebsgefahr wird dadurch erhöht, dass das Fahrzeug über die rote Ampel in die vorfahrtberechtigte Fahrbahn gesteuert wurde. Wenn der Fahrer des Einsatzfahrzeuges gegen die Pflicht verstoßen hat, sich in die Kreuzung hineinzuwagen und sich zuvor zu vergewissern, dass der andere Verkehrsteilnehmer sein Fahrzeug wahrgenommen und sich auf die Absicht, die Kreuzung zu überqueren, eingestellt hat, liegt eine Sorgfaltspflichtverlet-

zung vor, die dann jedoch als verhältnismäßig geringfügig anzusehen ist, wenn der Fahrer vor Erreichen der Kreuzung deutlich abgebremst hatte und angesichts der örtlichen Sichtverhältnisse annehmen durfte, dass das Blaulicht lange vor Erreichen der Kreuzung weit sichtbar war, so dass zu erwarten war, dass sich die anderen Verkehrsteilnehmer darauf einstellten.

Ebenso ist die Betriebsgefahr des beschädigten Fahrzeugs zu berücksichtigen, die sich in dem Unfall verwirklicht hat. Wenn das Signal deutlich erkennbar war, hatte dessen Fahrer lange Zeit, sich darauf einzustellen, dass er gemäß § 38 StVO die Fahrbahn für das Einsatzfahrzeug freizumachen hatte. Wenn er dieser Verpflichtung nicht nachkommt, verstößt er in erheblichem Maße gegen die in der Situation gebotene Sorgfalt.

Diese Auffassung hat das Oberlandesgericht Brandenburg im Urteil vom 13.07.2010 – 2 U 13/09 – vertreten. ■

Polizeiarbeit:

Mehr politische Rückendeckung

In seinem Grußwort auf dem 23. Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen mehr politische Rückendeckung für die Arbeit der Polizei gefordert. Der Kongress, der vom 3. bis 5. April 2011 in Berlin stattfand, stand unter dem Motto „Stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten“.

Heesen machte die Ursachen für die „schwierigen Zeiten“ zum Teil in der Gesellschaft selbst aus. Beispielsweise werde weniger Wert auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen gelegt. „Immer häufiger muss die Polizei diese gesellschaftlichen Fehlentwicklungen ausbaden und die Schäden reparieren“, erläuterte der dbb Chef. Es sei an der Zeit, dass die Arbeit der Polizei mehr po-

litische Rückendeckung erfahre, forderte Heesen: „Der Personalabbau muss gestoppt, die Behörden müssen qualitativ hochwertiger ausgestattet, die Beschäftigten noch besser fortgebildet werden.“ Nicht zuletzt sei auch die Einkommensentwicklung ein wichtiger Faktor für die Motivation. Darum appellierte Heesen an die verantwortlichen Politiker,



Foto: Friedhelm Windmüller

> Am Rande des DPoIG-Gewerkschaftstages: Der DPoIG-Vorsitzende Rainer Wendt, der bayerische Innenminister Joachim Herrmann und dbb Chef Peter Heesen (von links).

das Tarifiergebnis für die Angestellten der Länder unverzüglich auf den Beamtenbereich zu übertragen. Das Argument, dass die Kassen leer seien, ziehe nicht mehr. „Der öffentliche Dienst hat bereits seit Jahren Vorleistungen erbracht. Im internationalen Vergleich ist Deutschland am unteren Ende der Skala, wenn es um den Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der arbeitenden Bevölkerung und um

die Personalkosten geht“, erläuterte Heesen. Nun gelte es, den öffentlichen Dienst und damit auch die Polizei zukunftsfähig aufzustellen. An die anwesenden Politiker gewandt sagte Heesen: „Der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften sind bereit, konstruktiv bei der Bewältigung dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Wir sind an einem funktionierenden Staat interessiert, denn wir arbeiten in, mit und für ihn!“

Sozialwahlen 2011 – Stichtag 1. Juni:

dbb wählen!

Rund 30 Millionen Wahlberechtigte sind aufgerufen, die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund zu wählen. Der Countdown läuft: Bis zum 1. Juni müssen die Wahlunterlagen für die Sozialwahlen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund eingegangen sein.

Alle sechs Jahre haben die Versicherten und Rentnerinnen und Rentner die Möglichkeit, die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger zu wählen. Eine wichtige Chance, über die Geschicke der Rentenversicherung für die

nächsten Jahre mitzubestimmen, wird doch in der zu wählenden Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund mit rund 137 Milliarden Euro Deutschlands zweitgrößter öffentlicher Haushalt beschlossen.

Die dbb Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste 11 stehen dabei für die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein und werden dafür sorgen, dass diese auch in der Rentenversicherung Beachtung finden. Bei den Wahlen zur Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund sind übrigens auch viele Beamtinnen und Beamte wahlberechtigt, soweit bei ihnen renten-

versicherungsrechtliche Zeiten vorhanden sind. Nicht vergessen: Auf der Zielgeraden der Sozialwahlen sollte auch im Freundes- und Familienkreis wie im beruflichen Umfeld weiter für die Liste 11 des dbb geworben werden.



Sozialwahl 2011

Zukunft wählen.

15. Europäischer Abend:

Ehrenamt: Miteinander in und für Europa

Wie kann das Ehrenamt in Europa gestärkt und ausgebaut werden? Welche Rolle in der Gesellschaft hat es angesichts großer gesellschaftlicher Veränderungen? Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 bietet die Gelegenheit, diese Fragen mit einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Im dbb forum kamen am 13. April anlässlich des 15. Europäischen Abends 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen, um sich auf Einladung des dbb, der Europa-Union Deutschland und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland über das große Angebot des bürgerschaftlichen Engagements zu informieren.

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen zeigte sich überzeugt, dass angesichts globaler Krise und tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen das Ehrenamt nicht im Abseits stehen dürfe, sondern einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft leisten könne. „Wir müssen Ideen entwickeln, mit denen es gelingt, ehrenamtliches Engagement zu steigern, weil das gesellschaftliche Zusammenleben sonst bedroht ist, nicht allein in Deutschland, sondern in ganz Europa“, mahnte Heesen. Besonders wichtig sei die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Parteien aber auch Gewerkschaften. „An vielen Stellen unserer Gesellschaft gibt es großes Engagement im Ehrenamt mit unendlich großer Bedeutung für die Gesellschaft“, lobte der dbb Chef. Das freie Wirken der Zivilgesellschaft sei zudem ein wichtiges Element der Demokratie in der Europäischen Union. Deshalb seien die aktuellen Entwicklungen in Ungarn äußerst bedenklich. „Die ungarische Regierung empfängt die Gewerkschaften nicht mehr zu Gesprächen. Die Parlamentsmehrheit ignoriert diese wichtige Gruppe“, kritisierte Heesen die Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán. In einer Demokratie müsse die Regierung immer alle Gruppen anhören, unab-



Im Atrium des dbb forum berlin besuchten Staatssekretär Hermann Kues (links) und dbb Chef Peter Heesen vor Beginn des Europäischen Abends die Vertreter des bürgerschaftlichen Engagements, die dort über ihre Arbeit informierten.

hängig von der Zusammensetzung der Regierung.

Ausdrücklich lobte Heesen die Arbeit der zahlreichen Vertreter des ehrenamtlichen Engagements, die sich im Vorfeld der Reden im dbb forum auf einer Informationsbörse präsentiert hatten. Ihr freiwilliger Einsatz reiche von der Arbeit für die Jugend und ältere Menschen, der praktischen Hilfe in Notsituationen bis hin zur Integration von Migranten in Deutschland und sei auf die jeweils eigene Weise wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Unterstützt wurde Heesen in seinem Plädoyer für das Ehrenamt durch den Parlamentari-

schen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hermann Kues. Dieser wies in seiner Rede auf den großen gesellschaftlichen Wert des Ehrenamtes hin. Da die Bundesregierung sich dessen bewusst sei, habe die Einrichtung des neuen Bundesfreiwilligendienstes, der den auslaufenden Zivildienst ersetzen soll, Signalcharakter. „Es geht um die Selbstermächtigung der Bürger, also um die Kraft und die Innovationsfähigkeit der Bürger“, so Kues.

Der Staat müsse außerdem einen Mittelweg finden zwischen Freiheit und Regulie-

rung. „Wir müssen dafür sorgen, dass der Staat nicht die Bereitschaft der Menschen, sich einzusetzen, durch zu viel Regulierung verhindert“, so der Staatssekretär. Insgesamt könne nicht der Staat allein die Menschen zu ehrenamtlichem Engagement bewegen. Viel hänge von den richtigen Vorbildern wie zum Beispiel ehrenamtlich tätigen Eltern ab. Deshalb sei es wichtig, möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen zum Ehrenamt zu ermutigen.

Ehrenamt sei aber nicht nur eine Frage der Vorbilder, sondern auch des Bildungsniveaus. Diese These vertrat Professor Thomas Olk während der anschließenden von Professor Eckart Stratenschulte, dem Direktor der Europäischen Akademie, moderierten Podiumsrunde. „Zeitmangel und mangelnde Wertschätzung verhindern häufig das Engagement“, so Olk, der dem Sprecherrat des Bundesnetzwerks Bürgergesellschaftliches Engagement vorsteht. Darüber hinaus seien es vor allem die materiell abgesicherten Teile der Bevölkerung, die am ehesten Zeit für ehrenamtliches Engagement aufwendeten. In den skandinavischen Ländern und in Deutschland seien deutlich mehr Menschen freiwillig tätig als etwa in Ost- und Südeuropa, so Olk.

Aus eigener Erfahrung konnte dies Cathrin Schauer bestätigen. Sie engagiert sich in ihrem Verein Karo im deutsch-tschechischen Grenzgebiet für Frauen und Kinder, die von Zwangsprostitution und Menschenhandel bedroht werden. Sie beklagte die „moderne Sklaverei“, die es in den Gesellschaften der Europäischen Union eigentlich nicht mehr



> Die Gäste auf dem Podium diskutierten die Rolle des Ehrenamtes bei der Europäischen Integration (von links): Ursula Fehling, Prof. Dr. Thomas Olk, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Prof. Dr. Eckart Stratenschulte (Moderation), Britta Haßelmann und Cathrin Schauer.

geben dürfe. Gleichzeitig beachte sie aber auch, dass die Menschen auf der tschechischen Seite häufig noch mit eigenen Problemen beschäftigt und deshalb beim ehrenamtlichen Einsatz eher zurückhaltend seien.

Die These der Notwendigkeit einer frühen Motivation fürs Ehrenamt konnte Ursula Fehling bestätigen. Die ehrenamtliche Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendringes berichtete von ersten Erfahrungen in Ferienfreizeiten mit Jugendlichen anderer europäischer Länder, die ihr Bild von ehrenamtlichem Engagement geprägt haben. Jugendliche, die einmal im freiwilligen Engagement tätig seien, würden hier auch am ehesten als Erwachsene verbleiben. Deshalb sei es wichtig, ein dauerhaftes Angebot, auch unabhängig vom Freiwilligenjahr, anzubieten, denn „Europäische Jahre kommen und gehen; wir bearbeiten unsere Themen kontinuierlich“, so Fehling.

Die Politik solle möglichst wenig in das Ehrenamt eingreifen, bestätigte die Grünen-Bundestagsabgeordnete Britta Haßelmann, die im Unterausschuss bürgerschaftliches Engagement sitzt, die Forderung der Podiumsgäste. So erteilte sie der Idee einer Anrechnung der ehrenamtlichen Arbeit zum Beispiel in Form von Rentenpunkten eine klare Absage. Dazu sei eine klare Definition und Eingrenzung von Ehrenamt not-

wendig und dies würde die Arbeit zu einem gewissen Maße sogar entwerten. „Menschen engagieren sich auch, um etwas zu verändern, sich zu verwirklichen und um anderen zu helfen“, so Haßelmann.

Einen gesamteuropäischen Blick brachte die Vorsitzende der Europa-Union Berlin, Sylvia-Yvonne Kaufmann, in die Debatte ein. Als ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Mitglied im Verfassungskonvent, betonte sie, wie wichtig es sei, über die bisherigen Mittel hinaus direkte Bürgerbeteiligung auch auf europäischer Ebene zu ermöglichen. „Wir müssen die Ferne zu den Bürgern überwinden“, begründete Kaufmann ihr Lob für die Europäische Bürgerinitiative, die demnächst möglich sein wird. Wenn die Bürger sich direkt beteiligen könnten, würde auch ihr Wille steigen, sich über demokratische Wahlen hinaus aktiv in die demokratischen Debatten einzubringen.

In ihrem Schlusswort rief die stellvertretende Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission, Marie-Thérèse Duffy-Häusler, dazu auf, das Thema Ehrenamt auch über das Jahr 2011 hinaus im Blick zu behalten. Davon hänge der Zusammenhalt der Gesellschaften ab. Dass die gelingen könne, davon zeigte sie sich überzeugt. „Dafür werden wir alle sorgen“, so Duffy-Häusler.

be



Meine Empfehlung: Jetzt mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto wechseln.

Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de



Sparda-Banken

Freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.



**Ja, ich will mit 0 Aufwand
zum 0 Gebühren-Konto.
Bitte senden Sie mir Informationen.**

ÖD 5

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach: Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon (tagüber)

Forum Behindertenpolitik 2011: Ein Thema für alle

Zum ersten Mal hat der dbb gemeinsam mit der dbb akademie ein „Forum Behindertenpolitik“ durchgeführt. Die Veranstaltung fand am 12. und 13. April 2011 im dbb forum berlin statt und stand unter dem Motto „10 Jahre SGB IX – eine Bilanz“.

„Fast zehn Jahre nach der Einführung des Sozialgesetzbuches (SGB) IX müssen wir feststellen, dass einige Menschen immer noch nicht ausreichend über die Belange von Menschen mit Behinderung informiert sind“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen zur Eröffnung des Forums Behindertenpolitik vor über 200 Gästen aus Politik und Gewerkschaften. „Dabei geht dieses Thema uns alle an. Es geht hier um die Gestaltung von Leben und Arbeit, und es geht um echte Teilhabe.“

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, betonte, dass dem öffentlichen Dienst bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland eine Vorbildfunktion zukomme. Zudem sprach er sich dafür aus, die staatlichen Instrumente zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung, wie etwa das „Persönliche Budget“, zu entbürokratisieren und Betroffene besser über ihre Rechte zu informieren und zu beraten.

Ralf Brauksiepe, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, sagte zum Auftakt des zweiten Veranstaltungstages, die Bundesregierung werde derzeit die bisherigen Anstrengungen zur Bekanntmachung des Leistungsspektrums aus. Allerdings könne auch mit

einer umfangreichen Gesetzgebung keine Einzelfallgerechtigkeit erzwungen werden. In einigen Fällen gebe es kein Gesetzgebungs-, wohl aber ein Vollzugsdefizit. Hier seien auch die Träger der Instrumente wie etwa Kranken- und Rentenversicherungen in der Verantwortung, die konkrete Ausgestaltung vor Ort voranzutreiben.

Wie es tatsächlich um die Lage vor Ort bestellt ist, davon zeugten mehrere Berichte aus dem Alltag, in denen die Referenten von ihren Erfahrungen aus der (Aus-)Bildung, der Arbeitswelt und dem Bereich des ehrenamtlichen Engagements berichteten. Stefan Burkötter, Mitglied der Arbeitsgruppe Behindertenpolitik im dbb, rief in seinem Vortrag Menschen mit Behinderung auf, sich ehrenamtlich zu engagieren. Es könnten viele Verbesserungen erreicht werden, wenn in den



> dbb Chef Peter Heesen bei der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im dbb forum. Alle Beiträge der Redner wurden von Gebärdensprachdolmetschern übersetzt.

Gremien von verschiedenen Organisationen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Stimme und die Perspektive der Betroffenen präsent sei.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums diskutierten in offenen Fragerunden die Erfahrungsberichte ausführlich. Ebenso nutzten sie die Gelegenheit, juristische Sachverhalte mit Prof. Dr. Wolfhard Kohte von der Universität Leipzig zu erörtern, der einen Vortrag über die rechtliche Umsetzung der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen seit der Einführung des SGB IX hielt. Im Zentrum standen dabei beispielsweise praktische Herausforderungen bei der Umsetzung des „Betrieblichen Eingliederungsmanage-

ments“, mit dem die dauerhafte Arbeitsunfähigkeit von Beschäftigten vermieden werden soll. Vertieft wurde dieses Thema in einem von drei Foren, während in den anderen beiden über die Barrierefreiheit auf dem Arbeitsweg und die UN-Behindertenrechtskonvention gesprochen wurde.

Die rege Beteiligung und das Engagement der Vortragenden und der Besucherinnen und Besucher ließen den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im dbb, Heinz Pütz, ein überaus positives Fazit der Veranstaltung ziehen. Mit der erstmaligen Ausrichtung des Forums sei „ein neues Zeitalter in der Behindertenpolitik des dbb angebrochen“, war sich Pütz sicher. *ef*



> Auf dem Podium diskutierten über den Schutz behinderter Menschen vor Diskriminierung (von links): MdB Maria Michalk (CDU/CSU), MdB Gabriele Molitor (FDP), Heinz Pütz (dbb), Moderatorin Katja Weber, MdB Markus Kurth (Die Grünen) und Andre Nowak (Büroleiter von MdB Dr. Ilja Seifert, Die Linke).



Die Albert-Schweitzer-Schule in Neukölln:

NEUES LERNEN

> Lehrerin Katja Henke vor der Cafeteria der Schule, die den passenden Namen „Schweitzer Hof“ trägt.

30

reportage

Metropole und Bildung. Großstadt und Zusammenleben. Jugend und Neue Medien. Schule und Integration. Wie stellen sich Menschen den Themen der Zeit? In der Albert-Schweitzer-Schule in Berlin-Neukölln prallen diese Themen aufeinander. In einem so genannten „Problembezirk“ hat sich ein Gymnasium, das eigentlich hätte geschlossen werden sollen, zur Modellschule gemausert.

Es ist Mittwochmorgen in Berlin-Neukölln, dem 300 000 Einwohner starken Bezirk. Damit ist er nur etwas kleiner als Mannheim. Und eine Ecke größer als Wiesbaden, Münster oder Augsburg. Neukölln ist nicht nur ein großer Bezirk der Hauptstadt, Neukölln ist ein Symbol, ein Bezirk im Wandel. Früher galt Neukölln als klassisches Arbeiterviertel. Heute gilt der Bezirk als Problemfall. Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung. Hier wird Neukölln mit Schlagworten wie „Rütli-Schule“ in Verbindung gebracht. Der Fall erregte bundesweite Aufmerksamkeit.

Im Jahr 2006 wandte sich das Kollegium der Rütli-Schule an den Berliner Senat und beantragte deren Schließung, weil man der Gewalt durch Schüler nichts mehr entgegenzusetzen habe. Das mediale Echo war entsprechend. Und in der Tat: Neukölln hatte und hat Probleme.

Hohe Arbeitslosigkeit, geringes Bildungsniveau, hohe Schulabbrecher-Quoten. Auch Gewalt- und Drogendelikte sind keine Seltenheit. „Gebiet mit besonderem Entwicklungsbedarf“ nennt sich das in der Politik. An diesem Zustand ändert

auch die Berliner Partyszene wenig, die den Bezirk für sich entdeckt hat. Seit einiger Zeit ziehen vermehrt Studenten in den Norden von Neukölln, Kneipen und Künstlerateliers schießen wie Pilze aus dem Boden. Die Probleme mindert das nicht. Eher im Gegenteil, die Mieten steigen und machen günstigen Wohnraum knapp. „Gentrifizierung“ nennt sich das, wobei deren Ausmaß und Wirkung immer noch umstritten sind.

Das ist also – in aller Kürze – Neukölln: Seit Jahrzehnten im stetigen Wandel, ein Haufen sozialer Probleme. Und mit einem Ruf, der beispielsweise im Stadtteil Mitte, wo sich in den Mittagspausen die Anzugträger die Klinke in die Hand geben, zu Naserümpfen führt.

> Kurz vor dem „Aus“

Nur ein paar Schritte vom Herrmannplatz entfernt, dessen Ruf wahrscheinlich noch schlechter ist als der von Neukölln insgesamt, steht die Al-

bert-Schweitzer-Schule (ASS), ein Gymnasium. Etwas versteckt, zurückgesetzt von der Straße. Man erkennt sie erst auf den zweiten Blick. Unscheinbar ist sie. Und auch das Gebäude wirkt beim ersten Eintreten nicht wie eine Schule. Der Eingangsbereich wirkt klein und ein bisschen heruntergekommen. Das Haus hat offensichtlich ein paar Jährchen auf dem Buckel und ist wohl nicht immer gut gepflegt worden.

Beinahe wäre die Schule verschwunden. Nicht wegen des maroden Gebäudes, sondern weil die Eltern ihre Kinder nicht mehr hier hinschicken wollten. Das war im Jahr 2005. „Damals stand die Schule kurz vor der Schließung“, erläutert Georg Krapp, der die ASS seit 2006 leitet. „Die Politik spielte mit der Überlegung, einen Schlussstrich zu ziehen. Es gab nicht genug Anmeldungen von Schülern mit Gymnasialempfehlung. Deshalb wurden die Jahrgänge mit Kandidaten auf-

gestockt, die eigentlich eine Realschulempfehlung hatten beziehungsweise von anderen Gymnasien abgelehnt wurden.“ Für das Leistungsniveau war das nicht gerade förderlich. Von den 100 Schülern eines Jahrgangs schafften keine 20 das Abitur.

Dann kam Georg Krapp. Der Mann mit dem grauen Bart und seiner tiefen, vom Dialekt seiner fränkischen Heimat geprägten Stimme strahlt Ruhe aus. „Bevor ich nach Neukölln gekommen bin, war ich im Auslandsschuldienst in Tschechien. Aus persönlichen Gründen – meine Frau ist gebürtige Berlinerin – wollte ich dann in diese Region“, erzählt er. Sein Schwerpunkt im Ausland: Deutsch als Zweit- beziehungsweise Fremdsprache. Bei der Schülerschaft der ASS, von denen über 90 Prozent einen Migrationshintergrund haben, bestimmt nicht die schlechteste Voraussetzung. „Die Herausforderung hat mich gereizt. Es konnte ja eigentlich nur noch bergauf gehen. Entweder, wir hätten das hier hinbekommen oder die Schule wäre eben geschlossen worden.“



> Schulleiter Georg Krapp hat mit der Albert-Schweitzer-Schule noch viel vor: Die nächsten Baumaßnahmen sind bereits geplant.



> In der Cafeteria bekommen die Kinder auf Bestellung täglich ein warmes Mittagessen. Verpflichtend ist dies jedoch nicht; wer mag, kann sich auch selbst versorgen.

> Scheiterten an der Sprachbarriere

Wie aber rettet man, was rettungslos erscheint? Indem man die richtigen Fragen stellt. „Die ASS war in früheren Zeiten mal eine Art Eliteschule, ein klassisches Gymnasium mit humanistischer Prägung. Aber während der Bezirk sich gewandelt hat, ist die ASS gleich geblieben. Also habe ich mich für eine neue Herangehensweise entschieden. Statt zu fragen, ob die Schüler zur Schule passen, habe ich gefragt, ob diese Schule überhaupt zu den Schülern hier passt“, erläutert Krapp seinen Paradigmenwechsel. Die Antwort war schnell gefunden: Nein. Krapps Analyse ergab, dass die Schüler des ASS keinesfalls weniger begabt sind als anderswo. Die meisten scheiterten schlicht an der Sprachbarriere. Beispielhaft dafür ist die Mathematik. Die Schüler verstanden die Aufgabenstellungen oft nicht, weil ihnen bestimmte Begrifflichkeiten unbekannt waren. Aufgrund der sozialen Probleme in Neukölln war auch das Eltern-

haus in vielen Fällen keine große Hilfe.

Die Folge: Die ASS musste sich neu erfinden und Georg Krapp entwickelte sie zur Modellschule. Grundgedanke war dabei, eine möglichst umfassende Betreuung der Kinder bei der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zu ermöglichen, also etwa die Hausaufgaben während des Aufenthalts in der Schule zu erledigen. Während des normalen Stundenpensums praktisch unmöglich, die Zeit für den Lernstoff ist ohnehin knapp bemessen. Die Lösung: Für die Jahrgangsstufen sieben bis zehn wurde die Ganztagsbetreuung eingeführt. Krapp legt Wert auf die Feststellung, dass die Ganztagschule kein Selbstzweck ist: „Anders lässt sich die zusätzliche Förderung praktisch einfach nicht realisieren.“

Jetzt haben die Schüler am Morgen normalen Unterricht. Danach folgt das so genannte „Mittagsband“, das in einem kleinen Hinterhofgebäude in der Nähe des Neuköllner Rathauses ein paar Minuten Fuß-

weg entfernt stattfindet. Seit die Schule sich neu aufgestellt hat, steigen die Schülerzahlen so stark, dass die zur Verfügung stehenden Räume aus allen Nähten platzen. Während des Mittagsbandes werden die Kinder ihren Bedürfnissen und Wünschen entsprechend gefördert.

„Sie haben aber auch Zeit, sich zwischendurch ein bisschen auszutoben. Sonst wäre es am Nachmittag vorbei mit der Konzentration“, erklärt Katja Henke, einer der 66 Lehrerinnen und Lehrer am Gymnasium. Die 29-Jährige ist angestellte Lehrerin für Spanisch und Erdkunde an der ASS und vom Konzept des Gymnasiums überzeugt. „Als ich nach meinem Studium hier in Berlin erfahren habe, dass ich für das Referendariat nach Neukölln geschickt werde, hielt sich meine Begeisterung zunächst in Grenzen. Aber ich habe hier so viele positive Erfahrungen gemacht, dass ich nach dem Referendariat unbedingt bleiben wollte. Das hat dann glücklicherweise auch funktioniert“, erinnert sich Henke, als sie sich mit den Schülern auf

den Weg zurück zum Hauptgebäude macht.

➤ **Nachwuchsgewinnung mit Reibung**

Dort wurde in einer alten Turnhalle eine Cafeteria eingerichtet, in der die Schüler nach dem Mittagsband ein warmes Essen bekommen können, damit sie auch für den folgenden Nachmittagsunterricht noch ausreichend Kraft haben. In der Cafeteria obliegt die Aufsicht den „Coaches“. Sie sind noch so ein Baustein im Plan von Georg Krapp. Die Ganztagsbetreuung bindet natürlich zusätzlich personelle Ressourcen, das Lehrerkollegium alleine war dafür zu dünn besetzt. Überhaupt, das Personal: Eines der wenigen Themen, bei denen Krapp so etwas wie eine Beschwerde vorträgt. „Als ich hier anfing, gab es nicht mal mehr eine Leitungsstruktur, viele Stellen waren unbesetzt. Das war natürlich teilweise dem Ruf der

Schule geschuldet und ist heute völlig anders. Aber trotzdem läuft die Nachwuchsgewinnung nicht immer reibungslos. In den so genannten MINT-Fächern, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, gibt es ja ohnehin einen inzwischen chronischen Lehrermangel. Die Tatsache, dass Lehrer in Berlin nicht mehr verbeamtet werden, erschwert die Rekrutierung zusätzlich.“ Dieses Problem teilt Berlin mit anderen Bundesländern: Vielerorts bekommen Lehrer den Angestelltenstatus. Dadurch sind diese Lehrkräfte im Hinblick auf Jobsicherheit und Finanzen schlechter dran. Den hochqualifizierten Nachwuchs zieht es folglich in Länder, in denen die Verbeamtung möglich ist.

Zurück zu den Coaches: Das sind beispielsweise (angehende) Akademiker mit ganz unterschiedlichem Hintergrund. Vom Musikpädagogen bis zum Betriebswirtschaftler

sind alle möglichen Fachrichtungen vertreten. Sie unterstützen die Lehrer bei der Betreuung und Förderung der Schüler, auch während des Mittagsbands. „Die Coaches machen hier wirklich einen tollen Job. Ich glaube, sie haben auch eine andere Stellung bei den Schülern, vielleicht sind sie etwas kumpelhafter. Dadurch bekommen sie nochmal einen anderen Zugang als wir Lehrer, das ergänzt sich ganz prima. Und die Kooperation funktioniert eigentlich reibungslos“, sagt Katja Henke.

„Allerdings wäre es schön, wenn wir dauerhaft mit denselben Personen zusammenarbeiten könnten.“ Darum ist auch Schulleiter Georg Krapp bemüht: „Anfangs gab es eine hohe Fluktuation bei den Coaches, das hat sich mittlerweile geändert.“ Das Problem war zunächst überhaupt einen Weg

zu finden, die Coaches einzubinden. Schließlich darf die Schule nicht als Arbeitgeber auftreten und Geld stand auch nicht zur Verfügung. Doch Krapp fand auch dafür eine Lösung: Das „Quartiersmanagement“, kurz QM.

➤ **Zusätzliche Mittel durch Quartiersmanagement**

Quartiersmanagement (QM) ist Teil der Berliner Stadtentwicklungspolitik. Grundgedanke ist es, die verschiede-



➤ Das Gymnasium wurde 1907 als Städtische Höhere Mädchenschule Rixdorf gegründet. Bis 1912 hieß die Stadt Neukölln noch Rixdorf. Das Gebäude wurde vom Architekten Reinhold Kiehl entworfen und steht heute unter Denkmalschutz.



nen Akteure aus den Privat-, Verwaltungs- und Politikbereichen in besonders problembehafteten Bereichen – wie etwa bestimmten Straßenzügen – an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Der Zufall wollte es, dass es für den Bereich der ASS noch kein Quartiersmanagement gab. Also machte sich Krapp daran, es zu schaffen. Mit durchschlagendem Erfolg. „Wir waren überrascht, wie gut die Idee aufgenommen wurde. Wir hatten zunächst einen kleineren Raum für die erste Versammlung gesucht, damit es nicht so leer aussieht“, erzählt Krapp und schmunzelt, „doch dann standen die Leute auf den Gängen, weil es keine Plätze mehr gab.“ Durch das QM bekam die Schule zusätzliche Mittel, etwa aus dem Europäischen Sozialfonds. Mittlerweile unterstützt auch der Berliner Senat die Modellschule mit mehr Finanzmitteln. Schließlich wurde durch eine Ausschreibung noch ein

Partner, das Türkisch-Deutsche Zentrum, gefunden. Der Verein mit Sitz in der Nähe der Schule hat Integration, gesellschaftliche Partizipation und bürgerschaftliche Verantwortung zum Leitbild seiner Arbeit gemacht und tritt als Arbeitgeber der Coaches auf. Damit stand dem Neustart der ASS nichts mehr im Wege.

Heute ist die Schule erfolgreich. „Wir sind erstmals in der Situation, dass wir mehr Anmeldungen als Plätze haben“, berichtet Schulleiter Krapp. „Und von den 120 Schülern, die jedes Jahr bei uns anfangen, schaffen mittlerweile über 100 das Abitur.“ Aber, so viel bisher auch erreicht wurde: Es bleibt viel zu tun. Beispielsweise das Problem mit den knappen Räumen. „Wir werden jetzt Schritt für Schritt das Gebäude sanieren und ausbauen. Zeitgleich wollen wir die Betreuung der Schüler weiter verbessern“, skizziert Krapp seine nächsten Projekte.

► Auf die Lehrerin warten immer neue Aufgaben

Katja Henke wäre ihm sicherlich dankbar, denn auch sie wünscht sich mehr Zeit für ihre Schützlinge: „Wir sind auf einem guten Weg. Aber kleinere Klassen und mehr Personal wären das Wichtigste für die Kinder.“ Denn auch auf die Lehrerin warten immer neue Aufgaben. Neben dem Unterricht und den steigenden administrativen Aufgaben bleibt die Welt außerhalb der Schule natürlich nicht stehen. Die neueste, höchst unerfreuliche Entwicklung: „CyberMobbing“. Das Wort geistert dieser Tage vermehrt durch die Medien. „Es gibt Internetseiten, da können die Kinder gezielt über ihre Mitschüler Gerüchte und Diffamierungen in Umlauf bringen – ohne, dass man den Urheber zurückverfolgen könnte“, erklärt Henke. „Das ist schon teilweise erschreckend, was da passiert. Nun ist es an uns Lehrern, die Schüler im Umgang mit solchen Phänomenen zu schulen und auch

die Eltern zu sensibilisieren.“ Doch davon scheint sie sich nicht unterkriegen lassen zu wollen. Nach dem Unterrichtschluss, schon halb auf der Treppe zum Lehrerzimmer, wo noch einige Vorbereitungen zu treffen sind, sagt sie: „Die Schüler hier sind mit Sicherheit ein bisschen anders als in anderen Bezirken, der Umgang und der Ton sind teilweise schon sehr ruppig. Aber dafür haben die Kinder hier auch eine besondere Herzlichkeit und man merkt ihnen an, wie dankbar sie sind.“

Solche Aussagen machen Mut. Dass sich jenseits des politischen Gezerres um Bildung, Integration, Stadtentwicklung und neue Medien viele Dinge in die richtige Richtung bewegen. Wenn denn die richtigen Menschen zur richtigen Zeit am richtigen Platz sind. Und sich Gedanken machen. Zum Beispiel darüber, dass Kinder, die Neues lernen sollen, manchmal erst ein neues Lernen brauchen.

*Text und Fotos:
Michael Eufinger*

Neuregelungen im Eingruppierungsrecht:

dbb akademie bietet eine Vielzahl von Schulungen an

Die Schaffung einer neuen Entgeltordnung war eines der zentralen Ziele bei der Einführung des neuen Tarifrechts. Dabei sollte auch hier alles einfacher, moderner und gerechter werden. Wegen der Komplexität der Materie zogen sich die Verhandlungen allerdings über Jahre hin. Jetzt ist immerhin – zunächst im Länderbereich – ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu neuen Eingruppierungsregeln getan.

► Erste Umsetzungen im Länderbereich

Bislang gilt in allen neuen Tarifbereichen (TVöD, TV-L und TV-H) für Neueinstellungen (und Umgruppierungen) noch das alte Eingruppierungsrecht, mit dessen Hilfe man zunächst eine Vergütungs- oder Lohngruppe ermittelt. Erst in einem zweiten Schritt erfolgt dann eine vorläufige Zuordnung zu einer Entgeltgruppe des neuen Rechts, und zwar nach Maßgabe einer Anlage zum Überleitungsstarifvertrag.

Im Länderbereich hat man jetzt die erste Abrede aus der Tarifeinigung vom 1. März 2009 umgesetzt und die alten Eingruppierungsmerkmale „entrümpelt“. Diese werden anschließend in die Entgeltgruppen des TV-L integriert. Dabei wird auch die Zuordnung verändert. Insbesondere werden die EG 4 und 7, die bislang reine „Arbeiterentgeltgruppen“ waren, für „Angestelltentätigkeiten“ geöffnet. Gleichzeitig werden in der unteren Hälfte der Entgelttabelle Tätigkeitsmerkmale mit bis zu sechsjährigem Aufstieg einer höheren EG zugeordnet.

► Schulung schafft Klarheit

Diese und die anderen zum 1. Januar 2012 in Kraft tretenden Veränderungen zeigen deutlich: Man kann das neue Eingruppierungsrecht nicht ohne das alte Recht verstehen. Für die Arbeitgeber bedeutet dies auch, gegebenenfalls Klarheit über die bisherige Eingruppierung in Lohngruppen, Vergütungsgruppen und Fallgruppen herzustellen.

Dabei bleiben die Prüfungsschritte auf dem Weg zur Eingruppierung im Prinzip gleich: Auch in Zukunft wird man also zunächst die gesamte, dem Beschäftigten übertragene Tätigkeit ermitteln und zu „Arbeitsvorgängen“ bündeln müssen. Für jeden Arbeitsvorgang ist dann ein Zeitanteil zu bestimmen, bevor es zu einer Subsumtion der Arbeitsvorgänge unter die abstrakten Merkmale der Eingruppierungsnorm und einer abschließenden Bewertung der Gesamttätigkeit kommt.

► „Bereinigte Entgeltordnung“

Bei allen Veränderungen gleicht die „bereinigte Entgeltordnung“ im TV-L also eher einem face-lifting und stellt keine neue Entgeltordnung dar. Es ist derzeit nicht absehbar, wann die Tarifvertragsparteien den zweiten Schritt aus der Tarifeinigung 2009 vollziehen und über ein komplett neues Eingruppierungsmodell verhandeln. Die „bereinigte“ Entgeltordnung dürfte also für einige Jahre maßgeblich sein.

Auch beim TVöD (Bund und Kommunen) könnte es bald zu entsprechenden Veränderungen kommen. Höchste Zeit, sich mit den Einzelheiten zu befassen! ■

> Seminare

Unser Schulungsangebot

Wir informieren Sie umfangreich über das aktuelle Eingruppierungsrecht und verschaffen Ihnen das nötige Rüstzeug in Infoveranstaltungen, Seminaren, workshops und Intensivkursen. Für folgende Veranstaltungen können Sie sich jetzt anmelden:

1. eintägige Infoveranstaltungen (TV-L)

In unseren eintägigen Infoveranstaltungen informieren wir Sie über die Ergebnisse der Tarifeinigung.
 2011 Q200 EB am 9. Juni 2011 in Hannover
 2011 Q201 EB am 17. Juni 2011 in Düsseldorf
 2011 Q202 EB am 21. Juni 2011 in Leipzig
 2011 Q203 EB am 15. Juni 2011 in Mainz
 2011 Q204 EB am 30. Juni 2011 in Bonn
 2011 Q205 EB am 14. September 2011 in München
 Die Kosten für die eintägigen Infoveranstaltungen betragen 175 € (mit Verpflegung, ohne Übernachtung).

2. Vertiefungsveranstaltungen

Sobald die Redaktionsverhandlungen abgeschlossen sind, werden wir Ihnen (voraussichtlich nach der Sommerpause) auch Vertiefungsveranstaltungen zum veränderten Eingruppierungsrecht auf Länderebene anbieten.

3. Workshops (für TVöD, TV-L und TV-H)

In diesen Veranstaltungen wird das erworbene Wissen angewendet. Die Teilnehmer üben anhand vieler Fälle und praktischer Beispiele alle konkreten Arbeitsschritte auf dem Weg zu einer richtigen und nachvollziehbaren Eingruppierung. Es besteht zudem die Möglichkeit, den Dozenten vorab Beispiele zuzusenden, von denen dann eine Auswahl in anonymisierter Form besprochen wird.
Hinweis: Wir berücksichtigen in diesen Veranstaltungen bereits die Ergebnisse der Tarifeinigung im Länderbereich; die Veranstaltung ist aber genauso für Teilnehmer von Bund und Kommunen gedacht und geeignet.

2011 Q198 EB vom 23. – 25. Mai 2011 in Königswinter
 2011 Q176 GB vom 12. – 13. Juli 2011 in München
 2011 Q177 AB vom 6. – 7. September 2011 in Berlin
 2011 Q199 EB vom 14. – 16. November 2011 in Königswinter

4. Akademie zum Jahreswechsel: Entgelt und Eingruppierung total (für TVöD, TV-L und TV-H)

Bereits jetzt möchten wir Sie auch auf unsere Akademie zum Jahreswechsel hinweisen, in der wir eine Woche lang ganz intensiv und praxisnah viele Aspekte der Eingruppierung vertiefen. Werden Sie hier zum Profil!

2011 Q207 EB vom 12. – 16. Dezember 2011 in Berlin (mit Seminarverpflegung, ohne Ü/VP)
 2012 Q000 EB vom 23. – 27. Januar 2012 in Königswinter (mit Übernachtung und Vollpension)

Nähere Informationen und Anmeldeöglichkeiten finden Sie im Internet unter www.dbbakademie.de.

Ihre Ansprechpartnerin ist: Elke Bamberg, Tel.: 022 44. 882 201, E-Mail: e.bamberg@dbbakademie.de

Alle Veranstaltungen können Sie wie immer auch als Inhouseschulung buchen. Informationen hierzu bei: Käthe Kupke, Tel.: 030-40 81 65 – 44, E-Mail: k.kupke@dbbakademie.de.

Private Pflegeversicherung:

Je früher, desto besser

Die Deutschen leben immer länger und bekommen immer weniger Kinder. Deutschland hat inzwischen mit einem Durchschnittsalter von 44,2 Jahren die älteste Bevölkerung Europas. So erfreulich der Trend zu längerem Leben ist, steigt parallel dazu die Zahl pflegebedürftiger Senioren dramatisch an, und die Pflegekosten explodieren: Ohne eine zusätzliche private Vorsorge ist ein finanzielles Desaster vorprogrammiert, das nicht nur den Pflegebedürftigen, sondern auch seine Kinder und Enkel trifft. Das dbb vorsorgewerk bietet maßgeschneiderte Lösungen, die ein Alter in Würde und finanzieller Unabhängigkeit garantieren.

Pflege wird teurer. Beitragserhöhungen von 0,3 bis 0,5 Prozentpunkten für die gesetzliche Pflegeversicherung sind in der Diskussion – allein: Es wird nicht reichen, um den erreichten Lebensstandard bei eintretendem Pflegefall zu erhalten. Trotz steigender Pflegefälle – zurzeit sind es knapp 2,3 Millionen, 2050 werden es bereits vier Millionen sein – wird das Thema von vielen Bundesbürgern dennoch nicht ernst genug genommen: Man selbst ist jung und die Eltern sind rüstige Rentner, die gerne zu Besuch kommen und die Enkel mit in den Urlaub nehmen. Was soll schon passieren?

Doch der Pflegegau kommt oft genug aus heiterem Himmel. Die 68-jährige Rentnerin Irene Strauch stirbt nach einem Treppensturz mit Oberarm- und Beckenbruch, ihr 74 Jahre alter Ehemann Erwin wird nach dem Schock kurze Zeit später kränklich und ist nach einem Schlaganfall nur wenige Monate später auf Pflege an-

gewiesen. „Wohin mit Papa?“, lautet die (bange) Frage von Tochter Lydia, die 600 Kilometer entfernt mit Mann und zwei kleinen Töchtern in Berlin wohnt. Die eigene Lebensplanung der jungen Familie droht aus den Fugen zu geraten, weil Erwin Strauch den eingetretenen Notfall nicht finanziell abgesichert hat. Da der Vater weder über ein größeres Barvermögen noch über Immobilienbesitz verfügt, springt der Staat ein – und bittet Lydia Strauch zur Kasse: Knapp 900 Euro muss die Ministerialbeamtin Monat für Monat zuschießen ...

> Alptraum Altersarmut

Experten raten deshalb allen Generationen, sich so früh wie möglich auf Pflegebedürftigkeit vorzubereiten, um am Lebensende nicht in den Alptraum Altersarmut zu fallen. Schnell klafft zwischen Alters-einkünften, Pflegestufe und Vermögen – je nach Ansprüchen an Unterbringung und



> Auch jene, die das Pflegerisiko flexibel absichern möchten, finden beim dbb vorsorgewerk ein maßgeschneidertes Konzept: Die Pflegevorsorge Flex bietet die Möglichkeit, jede Pflegestufe in unterschiedlicher Höhe abzusichern. Da die Pflegekosten in der Stufe 3 besonders hoch ausfallen, macht es Sinn, hierfür einen höheren Leistungsbeitrag zu vereinbaren.

Leistungen – eine Finanzlücke von mehreren Tausend Euro pro Monat. Allein die Inanspruchnahme eines privaten Pflegedienstes zur 24-Stunden-Pflege kostet beispielsweise zwischen 2 700 und 3 200 Euro im Monat. Wohlstand für die Alten, Erbe für die Kinder – ade ...

Lydia Strauch, aus dem finanziellen Schaden klug geworden, will vorbeugen und sucht für sich, ihren Mann Bernd und ihre beiden Kinder eine ebenso flexible wie preiswerte Absicherung gegen das Pflegefallrisiko, um die ansonsten – trotz Beihilfeberechtigung – unvermeidbare Finanzierungslücke zu schließen. Fündig wird sie beim dbb vorsorgewerk, das für Mitglieder und deren Angehörige und Lebenspartner in Zusammenarbeit mit der DBV bedarfsgerechte Lösungen anbietet. Sie entscheidet sich für ihre Familie nach eingehender Beratung durch die Pflegespezialisten des dbb vorsorgewerk für die ...

> Pflegevorsorge FamilyFit

... denn mit diesem Tarif können die Familienmitglieder über alle Generationen hinweg individuell abgesichert werden. Für jedes Familienmitglied legen die Strauchs ein monatliches Pflegegeld individuell fest. Die Absicherung umfasst hierbei alle drei Pflegestufen in gleicher Höhe. Tritt der Fall der Fälle ein, wird ihnen das Pflegegeld zu 100 Prozent ausgezahlt und weitere

Beitragsleistungen entfallen. Die beiden Töchter sind sogar bis zum Alter von 15 Jahren über die Eltern beitragsfrei mit einer monatlichen Leistung in Höhe von 500 Euro mitversichert. Zur Ergänzung schließt Familie Strauch zusätzlich die Pflegevorsorge Akut ab, die praktische Soforthilfe beinhaltet: zum Beispiel die Vermittlung eines Pflegedienstes oder Pflegeheimplatzes oder Tag-Nacht-Wachen.

Die junge Familie ist mit ihrer Entscheidung zufrieden. Pflegefälle und Altersarmut werden ihr erspart bleiben und darüber hinaus profitiert sie von einem günstigen Tarif, weil die Beiträge nach Eintrittsalter gestaffelt sind. Auch die Antragstellung war denkbar einfach: Nur zwei Gesundheitsfragen waren zu beantworten – und der Monatsbeitrag macht nur einen Bruchteil dessen aus, was Lydia Strauch Monat für Monat für ihren Vater zahlen musste. *sm*

> Info

Sie haben Fragen zur individuellen Absicherung im Pflegefall und möchten sich beraten lassen? Die kompetenten Kolleginnen und Kollegen des dbb vorsorgewerk sind telefonisch für Sie da: montags bis freitags zwischen 8:00 und 18:00 Uhr unter 0180-52 22 170* oder informieren Sie sich online unter www.dbb-vorsorgewerk.de

*(0,14 Euro/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 Euro/Min.).

Stupido-Effekt ...

... den nutzt die Wirtschaft zur erfolgreichen Vermarktung vom Auto bis zur Zahnpaste seit Jahrzehnten. Kein Produkt trägt seinen Namen von ungefähr, sondern aufgrund seriöser Marktanalysen und Verbraucherbefragungen. Zurzeit sind Phantasiebezeichnungen mit mediterranem Touch „in“. Produktnamen mit den Silben „san“, „bel“, „issimo“ oder „verde“ gehören nicht nur zum guten Ton, sondern garantieren auch reißenden Absatz. Dass die Phantasienamen gelegentlich über das Ziel hinausschießen, tut der verkaufsfördernden Wirkung keinen Abbruch. Die meisten Verbraucher können weder italienisch noch spanisch, freuen sich aber am melodiosen Klang von „Los Wo-

chos“ und beißen unwissend-stupid, aber umso genüsslicher in die so polyglott beworbenen Rinderbuletten. Die korrekte spanische Bezeichnung für „Die Wochen“ lautet übrigens „Las Semanas“, aber damit wirbt dort niemand ...

Nichts desto trotz ließen imageverbessernde Kunstwörter mit mediterranem Flair sicherlich auch die deutsche Behördensprache in besserem Licht erscheinen. Aus dem „sehr gut“ unter der Klassenarbeit würde ein motovierendes „Benissimo“. Vita-Sen-Bilanz klänge nach mehr als nur nach notdürftiger Grundsicherung, die der Rentenbescheid ausweist. Und welche Lust für einen deutschen Weltbürger, seinen Obolus fürs Falschparken zu ent-



richten, wenn ihm „Los Knollos“ ins Haus flattern würden. Selbst die immer wieder aufgelegten Spareingriffe in den öffentlichen Dienst ließen sich als Salva-Genia-Strategie (kurz: Geni-Strat) mit positiver Anmutung als föderales Regierungs-Marketing vom Feinsten

umsetzen. Aber den Politikern fehlt offenbar der Mut, ihren Beamten und Tarifbeschäftigten das zu geben, was sie brauchen, um motiviert zu arbeiten. Mediterran-marktstrategisch betrachtet könnte bei ihnen (ebenfalls) ein Stupido-Effekt vorliegen. sm

Bestellen Sie jetzt. Ganz einfach. Ganz wie Sie wollen.

Laufbahnrecht in der Praxis

Der Inhalt im Überblick:

- Bundes- und Landesrecht
- Gesetzliche Regelungen und Laufbahnverordnungen
- Gesetzesbegründungen, Verwaltungsvorschriften, Anmerkungen, Rechtsprechungsnachweise

Was Sie davon haben:

Zusammenfassung des in der Bundesrepublik geltenden Laufbahnrechts, das sich aufgrund der Föderalismusreform I zunehmend auseinanderentwickelt. Praxisorientierte Kommentierung. Das Buch ermöglicht erstmals den unmittelbaren Vergleich der verschiedenen landes- und bundesrechtlichen Laufbahnbestimmungen. Geeignet für Behörden, Kanzleien und Gerichte.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

906 Seiten

€ 44,90*

ISBN 978-3-87863-168-2

* zuzügl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165
10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: http://www.dbbverlag.de

NEUERSCHEINUNG



BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

__ Exemplar/e „Laufbahnrecht in Bund und Ländern“

Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

dbb Mitgliederwerbung 2011

Gemeinsam Ziele erreichen

**Jedes neue Mitglied in Ihrer Fachgewerkschaft ...
... ist ein Pluspunkt für den dbb,**

weil jede neue Stimme unseren Dachverband stärkt. Der dbb vertritt erfolgreich die Interessen von über 1,3 Millionen Mitgliedern. Überzeugen Sie daher Ihre Kolleginnen und Kollegen von unseren Aufgaben und Zielen und werben Sie neue Mitglieder für Ihre Fachgewerkschaft!

**Jedes neue Mitglied in Ihrer Fachgewerkschaft ...
... ist ein Pluspunkt für Sie,**

weil Sie Wertschecks sammeln! Für jedes neu geworbene Mitglied erhalten Sie im Aktionszeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 einen Wertscheck.

Werbepremien waren gestern ...

... für Sie heißt es „freie Auswahl“ mit den BestChoice-Wertschecks bei über 200 Partnerfirmen mit über 25 000 Filialen. Elektronik und Möbel, Reise und Sport, Wellness und Mode, Unterhaltung und Gastronomie; für jeden ist etwas dabei. Und wenn Sie Ihre Wertschecks bei Partnern der dbb vorteilswelt einlösen (unter anderem leonardo.de, neckermann.de, myToys.de, damenausstatter.de oder fahrrad.de) erhalten Sie zusätzlich noch satte Rabatte beim Einkaufen.

Wertschecks und Infos anfordern bei:
dbb beamtenbund und tarifunion
Friedrichstraße 169/170 • 10117 Berlin
Tel. 030.4081-5503 • Fax 030.4081-5599
werbeaktion@dbb.de

dbb
beamtenbund
und tarifunion

BestChoice
Wertscheck

OTTO

SATURN

Tchibo

amazon.de

ROSSMANN
Mein Drogeriemarkt

myToys.de
Lustvoll spielen für die Kinder

H&M

LEONARDO

C&A

OBI

GALERIA
MULTIPOINT

ATU
Die Nr.1 Meisterwerkstatt

Zusatzchance für Sie!

Wir verlosen am Ende der Aktion 2011 unter allen Werbern ein Apple iPad der neuesten Generation.

Machen Sie mit!

Generationen-Gespräch der dbb jugend: Armut im Fokus

Vertreter von jungen und alten Beschäftigten im öffentlichen Dienst trafen sich am 18. April 2011 im dbb forum berlin zum Generationen-Gespräch der dbb jugend.

Gastredner Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, erläuterte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, wie „Armut“ überhaupt definiert ist: So hat sich der Europäische Rat im Dezember 2001 im belgischen Laken auf bestimmte Indikatoren verständigt. Die so genannten Laken-Indikatoren besagen, dass derjenige armutsgefährdet ist, der weniger als 60 Prozent des Median-Einkommens in seinem Land zur Verfügung hat. Der Median ist ein statistischer Mittelwert, der nicht mit dem Durchschnitt verwechselt werden darf. Allerdings hat er eine Schwäche: Extreme Ausreißer am Anfang oder am Ende der Median-Zahlenkette werden dadurch kaum berücksichtigt. „Aber immerhin konnte man sich überhaupt auf eine Berechnungsmethode einigen, um Armut messbar zu machen und bei der Bekämpfung auf eine Datenbasis zu-



> Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

rückgreifen zu können“, erläuterte Dr. Martens.

Für Deutschland bedeutet die Berechnung mittels der Laken-Indikatoren: Im Jahr 2008 galt

als armutsgefährdet, wer weniger als 787 Euro im Monat zur Verfügung hatte. Eine der Hauptursachen für Armut sei die Entwicklung der Einkommen in den letzten Jahrzehnten, erklärte Dr. Martens. „Wir haben erlebt, dass die Einkommenssteigerungen oft genug nur die Inflationsrate ausgeglichen haben – wenn überhaupt. Dabei ist aber auch die Produktivität ganz erheblich gestiegen. Davon haben die Beschäftigten aber kaum profitiert.“ Insbesondere der Ausbau des Niedriglohnssektors habe dazu geführt, dass es immer mehr „working-poor“, also Menschen, die trotz Vollzeitjob als armutsgefährdet gelten, gebe. „Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Rente. Theoretisch müssen Sie heute 40 Jahre für einen Stundenlohn von knapp elf Euro arbeiten, damit Sie im Alter 680 Euro Rente bekommen.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ergänzten die wissenschaftlichen Fakten durch ihre ganz persönlichen Erfahrungen. Besonders deutlich wurde die Sorge um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, der durch steigende Arbeitsbelastung, Personalabbau und stagnierende Einkommen für junge Menschen immer unattraktiver werde. Dabei berau-

be der Staat sich damit selbst seiner finanziellen Möglichkeiten, etwa indem Stellen in der Steuerfahndung abgebaut würden. Hier sei ein grundsätzlicher Politikwechsel erforderlich. Dabei müssten auch die Gewerkschaften mitwirken: Es gehe um mehr, als das bisher Erreichte zu bewahren.

Vielmehr sollte, neben Einkommensforderungen, mehr für die Vermeidung von Armut unternommen werden. Alte und junge Beschäftigte könnten sich dabei unterstützen. Beispielsweise indem auch die Jugend sich frühzeitig für eine sichere Versorgung im Alter einsetzt und umgekehrt Senioren auf Investitionen in Bildung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Stichwort beispielsweise „Betriebskindergärten im öffentlichen Dienst“ – drängen. Mögliche Aktionsplattform für gemeinsame Aktionen sei das „Jahr des aktiven Alterns und der Gerechtigkeit zwischen den Generationen“, das derzeit für 2012 auf europäischer Ebene diskutiert werde. Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass es entscheidend sei, den Dialog der verschiedenen Altersgruppen – nicht nur während der Generationengespräche der dbb jugend – aufrechtzuerhalten. ef

t@cker

Am 1. Mai wird die Polizei wieder alle Hände voll zu tun haben: Es warten nicht nur zahlreiche Großveranstaltungen am Tag der Arbeit auf die Einsatzkräfte. Gerade in Berlin und Hamburg ist auch wieder mit Ausschreitungen zu rechnen. Für moralischen Beistand sorgte die dbb jugend, die gemeinsam mit der DPoIG in Berlin Einheiten aufsuchte, um ihre Unterstützung zu demonstrieren (Berichte im t@cker-ticker).

Die Wasserschutzpolizei in Hamburg muss sich zwar seltener mit Ausschreitungen befassen, hat aber auch so genug zu tun. Vom 350 Meter



langen Containerfrachter bis zum Sportboot, von Umweltrichtlinien bis zur Verkehrssicherheit: die Aufgaben sind anspruchsvoll. Da haben wir mal genauer hingeschaut und einige Eindrücke für unsere Leserinnen und Leser gesammelt (t@cker-story).

Wir berichten außerdem vom diesjährigen Generationengespräch der dbb jugend (t@cker-special) und von Neuigkeiten aus den Landes- und Fachverbänden der Jugend (t@cker-inside).

Nicht zuletzt haben wir natürlich auch eine neue Bonbon-Mega-Aktion sowie Musik- und Kino-Tipps.

www.tacker-online.de

> BBB

Delegiertentag in Nürnberg

Vom 19. Delegiertentag des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) ist Rolf Habermann am 7. April 2011 in Nürnberg in seinem Amt bestätigt worden. Er erhielt 458 von 494 abgegebenen Stimmen, das sind rund 94 Prozent. Der 56-jährige Habermann, der dem BBB seit dem Jahr 2002 vorsteht, nimmt damit seine dritte Amtsperiode auf. Der BBB vertritt nach eigenen Angaben rund 200 000 Beschäftigte in Bayern.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Hermann Benker, Josef Bugiel und Wilhelm Renner wiedergewählt, neu in den Vorstand aufgenommen wurden Claudia Kammermeier und Richard Besner.



> Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes BBB

Unter dem Motto „Wir schaffen Vertrauen! Wir gestalten Zukunft! Gemeinsam für den Öffentlichen Dienst!“ stand die öffentliche Veranstaltung am 8. April. Zu der vom Landtag beschlossenen Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten im laufenden Jahr machte der wiedergewählte Vorsitzende Habermann klar: „Wir werden das nie und nimmer akzeptieren!“ Dies und die mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 verabschiedeten weiteren Sparmaßnahmen schaden dem öffentlichen Dienst und bremsen das Neue Dienstrecht gerade in seiner Anfangszeit unnötig aus. „Einen solchen Fehlstart hat gerade die-

ses Gesetz nicht verdient“, so Habermann. Werde hier nicht eingelenkt, wäre dies auch das erste Mal in der Geschichte der vergangenen Jahrzehnte, dass sich Tarif- und Besoldungsbezug derart voneinander entfernen.

> BBW

Initiative zum Gesundheitsmanagement

Nach Monaten der Vorbereitung ist am 7. April 2011 in Stuttgart eine gemeinsame Initiative zum Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung Baden-Württembergs unterzeichnet worden. Das Papier trägt die Unterschriften der Spitzen des Staats- Innen- und Sozialministeriums, von BBW-Chef Volker Stich für den BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) sowie Nikolaus Landgraf für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), teilte der BBW mit. Das Land stellt ab 2011 für Maßnahmen der Gesundheitsförderung jährlich sechs Millionen Euro zur Verfügung.



> Volker Stich, Vorsitzender des BBW – Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg

Ziel der Vereinbarung ist es, die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes zu stärken, heißt es in der gemeinsamen Mitteilung der Unterzeichner. Auf der Grundlage des Papiers sollen die jeweiligen Beschäftigungsbedingungen gestaltet und das Gesundheitsbewusstsein gestärkt werden. Ein Kernelement sind gezielte Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Daneben stehen Maßnahmen zur Personalentwicklung und zur Suchtprä-

vention. Da es in unterschiedlichen Berufsfeldern unterschiedliche Bedürfnisse gibt, sollen die Maßnahmen nach „individuellem Zuschnitt“ erfolgen. Deshalb sollen Dienststellen, Personalvertretungen und weitere Beteiligte auf der Basis der Vereinbarung und unter Berücksichtigung einschlägiger tariflicher Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz vor Ort passgenaue Angebote erarbeiten.

> BDZ

Personalengpässe bei Mindestlöhne-Kontrolle

Vor der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai 2011 hat der BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft vor weiteren personellen Engpässen bei der Überprüfung der Mindestlöhne durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit gewarnt. Bestätigt sieht sich der BDZ in seiner Einschätzung durch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE., wonach im Jahr 2010 allein in der Baubranche bei jeder fünften Kontrolle Verstöße gegen die Mindestlohn-Regelungen festgestellt wurden, so der BDZ am 23. März 2011.



> Klaus Hilger Leprich, Bundesvorsitzender des BDZ

BDZ-Chef Klaus H. Leprich erklärte, die mit der Ausweitung des Mindestlohns gewachsene Anzahl von Verstößen erforderliche wirksame Kontrollen, die mit dem vorhandenen Personal nicht gewährleistet werden können.

> dbb Hessen

Kein Blankoscheck für Einsparungen

„Der dbb Hessen respektiert das Votum der hessischen Wählerinnen und Wähler, die zu 70 Prozent der Aufnahme der Schuldenbremse in die hessische Verfassung zugestimmt haben“, sagte der Vorsitzende des dbb Hessen, Walter Spieß, am 27. März 2011 in Frankfurt am Main. Gleichzeitig stellte er aber fest, dass sich neben den 30 Prozent Nein-Stimmen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten überhaupt nicht an der Abstimmung beteiligt hatten.



> Walter Spieß, Vorsitzender des dbb Hessen

Dies relativiere natürlich das Ergebnis. Aus der Verfassungsänderung könne „keinesfalls ein Blankoscheck für konkrete Politikvorhaben hergeleitet werden“, so Spieß. Der dbb Hessen werde die kommende Gesetzgebung, die den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten betrifft, sehr kritisch auf Ausgewogenheit und Sinnhaftigkeit unter die Lupe nehmen.

> dbb nrw

Tarifabschluss wird auf Beamte übertragen

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 31. März 2011 einstimmig ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Tarifeinigung für die Landesbeschäftigten auf Beamte im Landesdienst, bei den Kommunen und im Ruhestand übertragen wird.

Lesenswertes vom dbb verlag empfohlen



Nuhr auf Sendung Dieter Nuhr

In kurzen Radiokolumnen für den WDR2-Hörfunk hat Dieter Nuhr Trends, Ärgernisse, Ereignisse und Gewohnheiten, die die Menschen in den letzten 10 Jahren bewegt haben, aufgespießt. In dem jetzt erschienenen Radiotagebuch sind Nuhrs witzige Plaudereien über ein Jahrzehnt Menschheitsgeschichte jetzt schwarz auf weiß nachzulesen. Da geht es um die Pünktlichkeit der Bahn ebenso wie um den alltäglichen Kampf im Straßenverkehr, um unauffindbare Geheimzahlen, Designersärge, Baggerseedyllen, die FIFA, den Wahnsinn eines Matratzenkaufs und viele andere Reizthemen.

WordArt, 13,95

Anzahl: _____



Staatsfeind Wikileaks Marcel Rosenbach/Holger Stark

Julian Assange und Wikileaks sind inzwischen der Inbegriff spektakulärer politischer Enthüllungen im Internet geworden. Was ihn in Amerika nach den Online-Veröffentlichungen der Botschafterdepeschen aus dem US-Außenministerium und brisanten Videos aus Afghanistan und dem Irak zum Staatsfeind ersten Ranges macht, ist für Assange selbst die Nutzung von Informationstechnologie, um gerechte Reformen auf den Weg zu bringen. Der Spiegel hat die Geschichte von Wikileaks seit Jahren begleitet und in zahlreichen Gesprächen mit Assange und seinen wichtigsten Wegbegleitern bis zu den Anfängen zurückverfolgt.

333 Seiten brosch., 14,99

Anzahl: _____



Stürmische Zeiten mein Schatz

Liedermacher Konstantin Wecker hat die schönsten deutschen Liebesgedichte einschließlich einiger eigenen Lieder zusammengestellt. Die Liebe in ihren vielen Spielarten von stürmisch über still bis hin zu verzweifelt, vergangen, ewig oder auch tragisch haben fast alle großen Poeten besungen. Weckers Auswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist sehr persönlich: „Ich habe mir für dieses Buch ausschließlich Gedichte ausgesucht, die mein Leben begleitet haben“, schreibt er in seinem Vorwort, bevor u.a. Brecht, Brentano, Heine, Kästner, Morgenstern, Rilke oder auch Uhlant mit Versen voll Liebesfreud und Liebesleid zu Wort kommen.

Piper, 9,95

Anzahl: _____

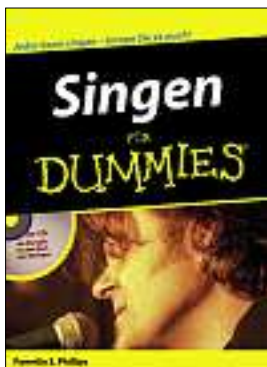


Wie wollen wir sterben Michael de Ridder

„Unsere Krankenhäuser sind, abgesehen von wenigen Ausnahmen, der Stein und Stahl gewordene Gegenentwurf zu dem, was ein Mensch am Ende seines Lebens braucht“, kritisiert der Chefarzt der Rettungsstation eines Berliner Krankenhauses und Vorsitzende einer Stiftung für Palliativmedizin, Michael de Ridder, in seinem Buch. Ausstattung und überlastetes ärztliches und pflegerisches Personal vermitteln einem Sterbenden eher den Eindruck einer bedrohlichen Maschinerie als einer Einrichtung, die Fürsorge und Aufgehobenheit kurz vor dem Tod verspricht. De Ridder plädiert nachdrücklich für eine Medizin, die Todkranke nicht länger um jeden Preis am Leben erhalten will, sondern in ausweglosen Situationen ein friedliches Sterben ermöglicht.

316 Seiten geb., 19,95

Anzahl: _____



Singen für Dummies Pamela S. Phillips

Singen befreit Körper und Seele – und wird viel zu wenig praktiziert. Egal ob unter der Dusche, in geselliger Runde, in einem Chor oder gar als Solist vor Publikum, jeder kann singen. Allerdings gilt es die möglicherweise eingerostete Singstimme zu entwickeln und zu trainieren. „Singen für Dummies“ liefert dazu die nötigen Kenntnisse, etwa was richtige Körperhaltung und Atmung angeht, oder wie der Stimmumfang erweitert werden kann. Auf einer beigefügten CD finden sich mit Bezug auf die Texte 65 Übungen zur Verbesserung des Gesangs.

319 Seiten brosch. mit CD, 22,95

Anzahl: _____



1001 Bücher die Sie lesen sollten, bevor das Leben vorbei ist Peter Boxall (Hg.)

157 Schriftsteller, Literaturwissenschaftler und Journalisten haben aus einem ungeheuer umfangreichen Ausgangsmaterial 1001 Bücher ausgewählt, die, so Herausgeber Peter Boxall, „keinen Anspruch darauf erheben, einen neuen Literaturkanon zu formen, sondern als eine Möglichkeit unter vielen die Geschichte des Romans zu erzählen“. Neben bekannten finden sich relativ unbekanntere Titel in der Sammlung. Klassiker der Weltliteratur stehen neben Büchern, die ihre Zeit repräsentieren, und gängige neben eher experimentellen Texten. „1001 Bücher“ enthält den Inhalt der besprochenen Titel, teils mit Zitaten und Bebilderung, sowie Kurzangaben über Autor und Veröffentlichung.

944 Seiten brosch. Mit über 600 farbigen Abbildungen, 29,95

Anzahl: _____

Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030.7261917-40 abschicken.

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____



Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin
Telefon 030.7261917-0 • Telefax 030.7261917-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de • www.dbbverlag.de

„Eine wesentliche Forderung des dbb nrw zur Einkommensrunde 2011 ist erfolgreich umgesetzt“, sagte der Landesvorsitzende Meinolf Guntermann. Der Gesetzentwurf beinhaltet



> Meinolf Guntermann,
Vorsitzender des dbb nrw

tatsächlich eine wirkungsgleiche Eins-zu-eins-Übertragung vom Tarif auf die Beamten. „Die Landesregierung hat dieses Mal verantwortungsvoll und schnell gehandelt“, so Guntermann.

> dbb saar

Neu über Besoldung verhandeln

Mit der Aussage des saarländischen Finanzministers Peter Jacoby, das Land müsse zur Umsetzung der Schuldenbremse nur 70 statt 80 Millionen Euro Kosten im Haushalt 2011 einsparen, „ist der Landesregierung nun auch der letzte Punkt ihrer Begründung für eine Nullrunde der Landes- und Kommunalbeamten ab-



> Artur Folz,
Vorsitzender des dbb saar

handen gekommen“. Das stellte der dbb Landesvorsitzende Artur Folz am 6. April 2011 fest und forderte neue Verhandlungen über eine Besoldungsanpassung für das laufende Jahr.

Der dbb saar akzeptiere nicht, dass die Beamtenschaft mit fast 35 Millionen Euro weiter den Löwenanteil von fast 50 Prozent der Einsparsumme erbringen soll. Die Haushaltslage des Landes alleine rechtfertige nach verfassungsrichterlicher Rechtsprechung nicht, auf eine Anpassung der Bezüge zu verzichten, stellte Folz weiter fest. Er forderte den Landesgesetzgeber auf, sich traditionsgemäß im Geleitzug der Länder zu bewegen, die wie das Saarland Konsolidierungshilfen erhalten. Dabei müsse das Saarland mindestens das Besoldungsergebnis von Bremen übernehmen. „Was sich die vergleichbaren Länder bei der Bezahlung ihrer Beamten leisten, muss auch im Saarland möglich sein.“

> DPoIG

Bundeskongress in Berlin

Rainer Wendt ist am 4. April 2011 auf dem 23. Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Berlin in seinem Amt als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft bestätigt worden. Der 54-jährige Hauptkommissar aus Duisburg bekam 98,9 Prozent der Stimmen. Wendt verdeutlichte in einer kämpferischen Rede die Schwerpunkte der künftigen Gewerkschaftsarbeit und stimmte die Organisation auf die Herausforderungen in den kommenden Jahren ein. Dabei stehen die besorgniserregende Personalsituation bei der Polizei sowie die Verbesserung der Einkommenssituation im Mittelpunkt. Aber auch die Entfremdung von Staatsführung und Gesellschaft, die mit dem Verlust an staatlicher Autorität, Politikverdrossenheit und wachsenden extremistischen Kräften einhergeht, werde die Polizei zunehmend fordern.

Wendt sagte vor den rund 300 Kongressteilnehmern: „Den

Mangel an Respekt gegenüber Erziehungs- und Führungsinstitutionen bekommen unsere Kolleginnen und Kollegen täglich auf der Straße hautnah zu spüren. Die Politik muss gesellschaftspolitisch umsteuern, staatliche Tätigkeit fördern und private Anbieter in gesell-



> Rainer Wendt,
Bundesvorsitzender der DPoIG

schaftlichen Problembereichen ausschalten.“ Auf der öffentlichen Veranstaltung unter dem Motto „Stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten“ dankte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich den Polizistinnen und Polizisten: „Sie sorgen dafür, dass Recht und Gesetz auch Gültigkeit gegenüber jedermann behalten.“

> DPVKOM

Tarifkompromiss bei der Deutschen Telekom

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) und die Deutsche Telekom haben sich am 1. April 2011 in Bonn auf einen Tarifkompromiss für die rund 60 000 Beschäftigten und Auszubildenden der Deutschen Telekom AG, der Telekom Deutschland GmbH sowie der drei Servicegesellschaften Deutsche Telekom Kundenservice GmbH, Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH und Deutsche Telekom Technischer Service GmbH verständigt.

Zuvor hatte die Deutsche Telekom der DPVKOM die Schlichtungsempfehlung vom 26. März 2011 als neues Angebot vorgelegt. Danach sollen alle Beschäftigten zum 1. April 2011 eine

Entgelterhöhung von 3,15 Prozent erhalten. Die Mitarbeiter der Servicegesellschaften sollen rückwirkend zum 1. Januar 2011 zusätzlich zwei Prozent mehr Lohn bekommen. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll am 31. Januar 2012 enden. Darüber hinaus sieht der Tarifkompromiss vor, dass der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen für die Mitarbeiter der Telekom Deutschland GmbH und der Deutschen Telekom AG bis Ende 2012 verlängert wird. Für die Beschäftigten der Servicegesellschaften bleibt es beim be-



> Volker Geyer,
DPVKOM-Bundesvorsitzender

stehenden Kündigungsschutz bis Ende 2013. Der DPVKOM-Bundesvorstand hat den Tarifkompromiss am 12. April 2011 einstimmig gebilligt.

> tbb

Schnelle Rückkehr zur 40-Stunden-Woche

Eine schnelle Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für die thüringischen Beamtinnen und Beamten hat Helmut Liebermann, Landesvorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, am 8. April 2011 erneut gefordert, nachdem der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes vom Thüringer Kabinett beschlossen worden war. Das Innenministerium müsse jetzt dafür Sorge tragen, dass der Gesetzentwurf umgehend dem Thüringer Landtag vorgelegt wird.

Der tbb Vorsitzende begrüßte, dass auch der Vorsitzende der



> Helmut Liebermann,
Vorsitzender des tbb

SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Uwe Höhn, sich diese Position zu eigengemacht hatte. Höhn setzte sich für eine zügige Verabschiedung des Gesetzes – möglichst noch vor der Sommerpause – ein.

Thüringen ist das einzige der neuen Bundesländer, in dem für Beamte immer noch die 42-Stunden-Woche gilt. Die gegenwärtige Arbeitszeitverordnung ist bis zum 31. Juli 2011 befristet.

> VBOB

Gegen Parkgebühren für Bundesbedienstete



> Hans-Ulrich Benra,
Bundesvorsitzender des VBOB

Nach der Streichung des Weihnachtsgeldes ist ein weiterer Eingriff in die Geldbörsen der ohnehin schon gebeutelten Bundesbediensteten geplant. Der Haushaltsausschuss diskutiert eine einheitliche Beteiligung der Nutzer von Parkflächen an den Bewirtschaftungskosten der Liegenschaften. Der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) lehnt diese Pläne ab.

Eine Einführung von Parkgebühren sei kaum mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn vereinbar, so der VBOB am 7. April 2011. Dies hätten Verbandsvertreter auch in Gesprächen mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses zum Ausdruck gebracht. Der VBOB-Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Benra sagte dazu: „Für die Beschäftigten, insbesondere im einfachen und mittleren Dienst, sind 30 bis 50 Euro monatlich an Parkgebühren sehr viel Geld.“ Nicht zu vergessen seien schwerbehinderte Kolleginnen und Kollegen, die auf die Nutzung ihres Kraftfahrzeuges angewiesen sind. Betroffen wären auch alleinerziehende Mütter und Väter sowie Kollegen im Schichtdienst. „Wir fordern deshalb, auch im Hinblick auf das ohnehin stark angeschlagene Vertrauen und die Motivation der Bundesbediensteten, den Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von behördeneigenen Parkplätzen“, sagte Benra.

> Mecklenburg-Vorpommern

Tarifabschluss wird übertragen

In Mecklenburg-Vorpommern wird das Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder vom 10. März 2011 auf den Beamtenbereich übertragen. Dies zeuge „von Verantwortungsbewusstsein und Fürsorge der Landesregierung ihrem Personal gegenüber“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar



> Dietmar Knecht,
Vorsitzender des
dbb mecklenburg-vorpommern

Knecht am 12. April 2011. Von der Übertragung des Tarifergebnisses profitieren im Land rund 26 000 Beamtinnen und Beamte.

Die Landesregierung plant, noch in dieser Legislaturperiode den Gesetzentwurf vorzubereiten, der dann nach der Landtagswahl in den neu gewählten Landtag eingebracht werden kann.

> GDL

Tarifverträge mit der Deutschen Bahn



> Claus Weselsky,
Bundesvorsitzender der GDL

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 15. April 2011 nach neunmonatigen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn (DB) den Bundesrahmen-Lokomotivführertarifvertrag (BuRa-LfTV) und den dazugehörigen Haustarifvertrag LfTV für die 20 000 DB-Lokomotivführer abgeschlossen. „Damit haben wir einen riesigen Meilenstein auf dem Weg zum einheitlichen Tarifniveau für alle Lokomotivführer in der Bundesrepublik erreicht“, so der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky. Zusammen mit den privaten Schienengüterverkehrsunternehmen fielen nun rund 83 Prozent aller bundesweit 26 000 Lokomotivführer unter inhaltsgleiche Rahmentarifverträge der GDL.

Zwei Prozent mehr Lohn, die Zulagen (Sonn- und Feiertag sowie Nachtarbeit und Fahrentschädigung) und zusätzlich ein Weihnachtsgeld in Höhe

eines halben Monatslohnes sind nun bei einer Arbeitszeit von 39 Stunden pro Woche im Rahmentarifvertrag verankert. Damit bekommt ein Lokomotivführer ein Einstiegsgehalt von 2 341 Euro. Berufserfahrene Lokomotivführer erhalten 2 831 Euro. Alles in allem werden die Lokomotivführer neben dem Lohnplus von zwei Prozent weitere Zuschläge, Zulagen, zum ersten Mal einen Kündigungsschutz sowie eine finanzielle Absicherung beim gesundheitsbedingten Verlust der Lokführerlizenz erhalten, so die GDL. Auch eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung und eine noch auszugestaltende tarifliche Altersteilzeitregelung gehören zum Paket.

Verbesserungen gab es auch bei den Qualifizierungsbestimmungen. Die Mindestausbildungsdauer wurde um mehr als 300 auf 1 250 Stunden erhöht. Die Laufzeit des Rahmentarifvertrags beginnt rückwirkend zum 1. Januar 2011. Die Einkommensstabelle läuft zum 30. Juni 2012 aus. „Dieser Abschluss ist gleichzeitig der Maßstab für das Lohnniveau der Lokomotivführer in Deutschland. Daran führt nun kein Weg mehr vorbei“, so der GDL-Bundesvorsitzende. In einem separaten Tarifvertrag wurde speziell der zwingende Schutz der Lokomotivführer bei einem Betreiberwechsel geregelt.

Bei den fünf privaten SPNV-Unternehmen (Netinera: früher Arriva Deutschland, Abellio, BeNEX, Veolia Verkehr und den Unternehmen der Hessischen Landesbahnen) habe sich hingegen nichts bewegt, so die GDL weiter. „Sie wollen den Wettbewerb weiterhin auf dem Rücken der Lokomotivführer durchführen und keine inhaltsgleichen Rahmentarifverträge mit uns abschließen“, sagte Weselsky. Die GDL werde dort daher die Streiks fortsetzen.

WER, WANN, WAS, WO, WARUM?

► **Wer** – stört, fliegt nicht mehr so häufig raus, sondern muss zahlen. Das ist die neue Strategie des Deutschen Bundestags gegen Störer. 1 000 Euro werden demnächst bei Erststörern fällig, 2 000 bei Wiederholungstätern. Der Geschäftsordnungsausschuss sah sich zu dieser drakonischen Maßnahme genötigt, weil im vergangenen Jahr mehrere systematische Störaktionen stattgefunden haben, denen zufolge Bundestagpräsident Norbert Lammert sich genötigt sah, Abgeordnete des Saales zu verweisen. Die Fraktionen haben sich unisono dafür ausgesprochen – bis auf Die Linke. Kein Wunder, denn die Störaktionen gingen auf ihr Konto. Grundsätzlich gilt künftig: Zunächst wird ein Abgeordneter zur Ordnung gerufen, dann kann ein Ordnungsgeld verhängt werden, in letzter Konsequenz droht der Ausschluss aus der Sitzung. Wenn das Herbert Wehner, der Meister des Zwischenrufs, noch erlebt hätte ...

► **Wann** – sollte man lieber nicht Brummi fahren? Beim Fitnessstraining. Am Steuer seines 40-Tonners hatte ein Kapitän der Landstraße Hanteln gestemmt. Die chromglitzernen Sportgeräte waren einer Streifenwagenbesatzung aufgefallen. Als sie den 30-Jährigen anhielt, zeigte sich der Fahrer uneinsichtig: Das sei doch nicht gesetzlich verboten. Die Beamten belehrten ihn eines besseren, nun erwarten den Fitness-Fanatiker ein Bußgeld von 80 Euro und ein Punkt in Flensburg. Autofahren verlangt eben die unge-

teilte Aufmerksamkeit des Fahrers.

► **Was** – kann einen Mann mehr in Rage bringen als die Preiserhöhung für sein Lieblingsessen? Ein Texaner rastete aus, weil seine Burritos statt 0,99 Dollar plötzlich 1,49 Dollar kosteten. Er feuerte auf den Kassierer, lieferte sich anschließend mit der Polizei eine wilde Verfolgungsjagd durch San Antonio und machte dabei ausgiebig Gebrauch von seinem halbautomatischen Gewehr. Schließlich verschanzte er sich in seinem Hotelzimmer. Erst nach drei Stunden ergab er

sich den Beamten. Im Gefängnis wird er auf seine Lieblings-Burritos wohl längere Zeit verzichten müssen.

► **Wo** – ist man beim Heiraten dem Himmel so nah? Auf Sylt. Das beliebteste Trauzimmer der Insel befindet sich knapp 50 Meter über dem Meeresspiegel auf dem Leuchtturm von Hörnum. Der Leuchtturmwärter persönlich empfängt die Brautpaare und führt sie 128 Stufen hinauf bis ins kleine Trauzimmer im siebten Stock. Neben dieser luftigen Zeremonie stehen außerdem das ehrwürdige Trauzim-

mer im Westerländer Rathaus, Räume im reetgedeckten „Kaamp Hüs“ sowie im traditionsreichen Ambiente der Keitumer Museen zur Auswahl. Auch eine Seetrauung ist möglich: Als Trauzimmer dient dabei der Kutter „Gret Palucca“. Die Zeremonie findet während der Fahrt vor der Kulisse des Lister Königshafens statt. Nach der Trauung wird eine Flaschenpost über Bord geworfen mit einer vom Kapitän unterzeichneten Urkunde. Als Absender ist die navigatorische Position angegeben: 55° 0,35 N, 08° 25,5 E. Viele junge Paare lassen diese Daten von einem Sylter Goldschmied in ihre Ringe gravieren. Der einzige Nachteil der Sylter Romantik-Trauungen: Sie finden nur von April bis Oktober statt ...

► **Warum** – irrt „Mann“, wenn er behauptet, sein Gehirn sei größer als das der Frau und die Erde sei eine Scheibe? Weil jetzt zumindest bei letzterem feststeht, dass die Erde keineswegs eine Scheibe, sondern eine Kartoffel ist: Der Satellit „Goce“ hat das Schwerfeld der Erde neu vermessen und festgestellt, dass unser guter alter Planet nur annähernd wie eine Kugel, eher – in extremer Vergrößerung – tatsächlich aussieht wie eine Kartoffel. Die Messergebnisse sollen unter anderem den Anstieg des Meeresspiegels und Strömungsveränderungen im Zuge des Klimawandels dokumentieren sowie helfen, weltweit einheitlich die Höhe Normalnull zu bestimmen. *sm*

